Landeshauptstadt Dresden
Geschäftsbereich Kultur, Wissenschaft, Tourismus

Fünfte Sitzung des Beirats für Erinnerungskulturen am 18.06.2025

PROTOKOLL

Ort: Kulturrathaus, Königstraße 15, 01097 Dresden
Zeit: 15:00 – 17:10 Uhr

Leitung:	Prof. Dr. Hans Vorländer, Co-Sprecher, Sitzungsleitung
Teilnehmende:	Siehe Teilnahmeliste im Anhang – **Anlage 1**

TOP 1: Begrüßung, Bestätigung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Herr Prof. Dr. Vorländer eröffnet die fünfte Sitzung des Beirats für Erinnerungskulturen und begrüßt die anwesenden Mitglieder sowie Referentinnen der Sitzung.

Es sind 23 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
Es wird bestätigt, dass die Tagesordnung allen zugegangen ist. Es werden keine weiteren Anmerkungen zur vorliegenden Tagesordnung gemacht und diese wird wie vorliegend beschlossen.
Auf Anmerkung von Herrn Klement zum Protokoll der letzten Sitzung wird die Anwesenheitsliste mit seinem Namen korrigiert. Damit wird das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt.

TOP 2: Fachliche Beratung zum Antrag A0486/23 der AFD-Fraktion zur „Jugendhilfe" im DDR-Regime – Gedenkorte sichtbar machen! – Impulsreferat zur Forschungslage und möglichen Erinnerungsformen durch Manuela Rummel, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

In der dritten Sitzung des Beirats für Erinnerungskulturen, am 14.11.2024, wurde der o.g. Antrag A0486/23 (**Anlage 2**) beraten und weiterer Abstimmungsbedarf festgestellt. Frau Rummel von der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau wird auf Einladung des Beirats für Erinnerungskulturen gebeten, zur Forschungslage des Durchgangsheims Dresden und Erinnerungsformen zu referieren (**Anlage 3**).

Durchgangsheime in der DDR waren Sammeleinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Minderjährige ab drei Jahren wurden ohne Unterscheidung nach Alter oder Aufenthaltsgrund dort untergebracht bis über ihren weiteren Aufenthalt entschieden war. Es handelte sich um geschlossene Einrichtungen mit gefängnisartigen Sicherheitsvorkehrungen. Der Aufenthalt in einem Durchgangsheim sollte nach den Vorschriften höchstens 18 Tage betragen, in der Realität dauerte er jedoch oft mehrere Monate. Für viele Kinder und Jugendliche war die erste Begegnung mit dem DDR-Heimsystem in einem Durchgangsheim eine zutiefst schockierende Erfahrung, geprägt von Gewalt und Isolation.

Im Jahr 1985 gab es in der DDR 15 Durchgangsheime mit insgesamt 480 Plätzen, eines in jedem Bezirk (vgl. Christian Sachse: Ziel Umerziehung. Spezialheime der DDR-Jugendhilfe 1945–1989 in

Sachsen, 2013). 1987 wurden die Durchgangsheime aufgelöst bzw. in Aufnahmeabteilungen umgewandelt. Insgesamt waren zwischen 1949 und 1989 350.000 bis 400.000 Kinder und Jugendliche zeitweise in den Durchgangseinrichtungen der DDR-Jugendhilfe untergebracht (vgl. Anke Dreier-Horning: Pädagogisches Niemandsland. Die Durchgangseinrichtungen der ehemaligen Nordbezirke der DDR von 1949 bis 1989, 2015).

Das erste Durchgangsheim in Dresden wurde 1951 Am Steinberg 5 in Dresden-Wachwitz eröffnet. Im Laufe der Jahre zog es mehrfach um: 1963 in die Döbelner Straße 54 und 1977 in die Togliattistraße 30 (heute Glacisstraße) in der Dresdner Innenstadt, wo es bis 1987 blieb. Das Durchgangsheim bot etwa 30 Plätze für minderjährige Mädchen und Jungen. Heute befindet sich der Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium der Landeshauptstadt Dresden in dem Gebäude des ehemaligen Durchgangsheims.

In Torgau befindet sich die bundesweit einzige Gedenkstätte, die eine Auseinandersetzung mit den repressiven Machtstrukturen innerhalb des Bildungs- und Erziehungsapparats der DDR am historischen Ort ermöglicht. Daher werden in Torgau auch Materialien gesammelt und Listen von Heimen angelegt, die das gesamte Gebiet der ehemaligen DDR betreffen. Im Jahr 2023 war die von der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau organisierte Container-Wanderausstellung „Blackbox Heimerziehung" in Dresden zu sehen. Die Ausstellung wurde von einer umfassenden digitalen Vermittlung begleitet, die 2023 mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet wurde. https://blackbox-heimerziehung.de/station-dresden/ Vorbereitend wurden ortsbezogene Aktenbestände gesichtet und Gespräche mit Betroffenen geführt. Die Gedenkstätte begleitet außerdem die Entwicklung von dauerhaften Denkzeichen, die die Standorte ehemaliger Durchgangsheime markieren und über deren Geschichte informieren. Eine Tafel oder Stele wäre auch für das ehemalige Durchgangsheim in der heutigen Glacisstraße denkbar. Die Erfahrung der Gedenkstätte hat gezeigt, dass die Entwicklung dieser Erinnerungsorte gemeinsam mit Betroffenen erfolgen muss. Posttraumatische Belastung der Betroffenen seien dramatisch, der heutige Blick auf das Thema, gerade auch in den sozialen Medien, verkläre das Thema. Die Anerkennung des Unrechts sei zentral. Beispielhaft berichtet Frau Rummel von Sonja, die sieben Wochen im Durchgangsheim Dresden im Arrest saß.

In der anschließenden Diskussion erkundigt sich Frau Dagen bei Herrn Prof. Kübler, ob die Prüfung der Unterlagen in staatlichen Archiven zu Ergebnissen geführt habe. Herr Prof. Kübler berichtet von den Anfragen an das Sächsische Staatsarchiv sowie Bundesarchiv. Mit der Schließung der Durchgangsheime im Jahr 1987 liege es nahe, dass Unterlagen in der Zentrale der Staatssicherheit in der Bautzener Straße vernichtet worden sind. Auch die Wiedereingliederungsakten wurden konsequent vernichtet. Die Rekonstruktion geschredderter Akten lässt nur geringe Erkenntnisse erwarten. Herr Prof. Kübler erinnert, dass Suizidversuche und posttraumatische Belastungen zur Realität gehörten und die psychologische Betreuung ggf. weitere Unterlagen generiert habe. Auch die Wiedereingliederung in Volkseigene Betriebe erfolgte ab dem 14. Lebensjahr und mache eine Überlieferung von Akten in Staatsarchiven und Unternehmensarchiven wahrscheinlich.

Frau Rummel ergänzt, dass im Bundesarchiv nur Fälle überliefert sind, die als „gesonderte Vorkommnisse" erfasst wurden. In den Staatsarchiven seien nur allgemeine Anordnungen überliefert und im Stadtarchiv keine Funde zu erwarten. Damit gewinnen Erkenntnisse aus Gesprächen mit Betroffenen nochmal an Bedeutung. Die Jugendhilfeakten ermöglichen das Nachvollziehen von Lebenswegen. Allerdings müssen Betroffene diese Akten zur Verfügung stellen. Zudem sei die Abgrenzung zu (Spezial-)Kinderheimen schwierig. Daher wurde mit der Markierung der ehemaligen Durchgangsheime begonnen, weil sie eindeutig als geschlossene Heime geführt wurden. Die

Gedenkstätte in Torgau organisiert jährlich Heimkindertreffen und hat eine Personalstelle (50%) für die Beratung von Betroffenen. Daher könne sie auch die Betreuung übernehmen, sollten Betroffene auf das Denkzeichen und die Sichtbarkeit des Ortes in der Glacisstraße reagieren. Zur Eingliederung von Jugendlichen in Betriebe ergänzt Frau Rummel, dass sich Heime häufig in der Nähe von Betriebsstätten befanden.

Frau Stoll bekräftigt, dass die Sicherung des Zeitzeugenwissens essentiell bei der Beschäftigung mit dem Thema sei.

Frau Rummel erwidert, dass die Datenbank mit Zeitzeugen gern zur Verfügung gestellt werde und die Gedenkstätte Torgau sehr gern bereit sei, die Markierung zu unterstützen. So würde die Gedenkstätte in Zusammenarbeit mit den Betroffenen den Text und die hinter einem QR Code liegenden Informationen entwickeln.

BM Klepsch unterbreitet einen Vorschlag zur weiteren Behandlung: das Gebäude des ehemaligen Durchgangsheims in der heutigen Glacisstraße ist eine Liegenschaft der Landeshauptstadt Dresden mit dem Liegenschaftseigentümer Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium (EB HSKD). Wenn sich der Beirat für Erinnerungskulturen für eine Markierung des historischen Ortes ausspricht, können Gespräche zur Umsetzung dieser geführt werden. Das Jahr 2027, anlässlich 40 Jahre Schließung des Durchgangsheims, wäre ein denkbarer Anlass, auch wenn nicht alle Forschungsfragen geklärt sind.

Herr Prof. Dr. Vorländer fasst zusammen, dass sich der Beirat für Erinnerungskulturen der Schwierigkeiten bei der vertiefenden Erforschung des ehemaligen Standorts des Durchgangsheims auf der heutigen Glacisstraße 30 aufgrund der lückenhaften Aktenüberlieferung bewusst ist. Zudem macht der Beirat auf die Bedeutung von Zeitzeugenberichten sowie die Anerkennung von Unrecht aufmerksam. Der Beirat empfiehlt der Stadtverwaltung bzw. der Rechtsträgerin, mit dem Liegenschaftseigentümer Glacisstraße, EB HSKD, Gespräche zur Schaffung einer dauerhaften Markierung des historischen Ortes in der Glacisstraße 30 inklusive einer digitalen Aufbereitung zu führen. Außerdem bittet der Beirat die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, die Entwicklung eines Erinnerungsortes zum Durchgangsheim Dresden sowie die Betreuung von Betroffenen zu unterstützen.

TOP 3: Empfehlungen des Bürgerrates „Friedensstadt Dresden" an die Landeshauptstadt und Zivilgesellschaft Dresden – Sachstandsbericht durch Andreas Dieterich, Stiftung Frauenkirche Dresden und Beiratsmitglied sowie BM Annekatrin Klepsch, Mitglied des Stiftungsrates Frauenkirche

Herr Dieterich berichtet über die Genese, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bürgerrates „Friedensstadt Dresden" und die verhandelten Themen, die auch im Beirat für Erinnerungskulturen besprochen werden. Die Planungen zur Einrichtung eines Bürgerrates begannen 2023, eine Finanzierung erfolgte durch das Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Erproben des Formates „Bürgerrat" war dabei ein wichtiger Baustein. Das nexus Institut erwies sich als geeigneter, unabhängiger Partner zur inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Durchführung. Weitere Informationen zur Zusammensetzung und konkreten Workshops des Bürgerrats sind den abschließenden Empfehlungen zu entnehmen (**Anlage 4**).

[Frau Torno verlässt die Sitzung.]

Im Ergebnis hat der Bürgerrat „Friedensstadt Dresden" 24 Empfehlungen formuliert. Das Verständnis von Dresden als Friedensstadt und das Thema Erinnerungskultur empfanden alle Teilnehmenden als sehr wichtig. Es wurde der allgemeine Wunsch geäußert, positive Signale zu setzen. In diesem Jahr seien drei öffentliche Veranstaltungen geplant sowie das Führen von Gesprächen mit der Verwaltung. In einer Veranstaltung am 8. Mai 2026 werde es eine Evaluierung mit dem Bürgerrat geben: Was konnte umgesetzt werden, woran soll weitergearbeitet werden?

Frau Klepsch berichtet, sie habe die Handlungsempfehlungen des Bürgerrats „Friedensstadt Dresden" am 8. Mai 2025 in einer öffentlichen Veranstaltung entgegengenommen. Die diverse Zusammensetzung des Bürgerrats empfand sie als sehr bereichernd. Die Ansätze zum Thema Frieden bewegen sich weniger auf einer Metaebene, sondern erweisen sich als sehr pragmatisch. Viele der angeregten Dinge existieren bereits, sind nur nicht bekannt. Hier bedarf es einer besseren Sichtbarkeit. GB4 wertet die Empfehlungen aus und stellt diese als Übersicht zusammen, um sie anschließend an den Stadtrat zu geben.

In der anschließenden Diskussion erkundigt sich Herr Klement, welche ganz konkreten Empfehlungen es im Bereich Erinnerungskultur geben würde und bittet um nähere Ausführungen dazu.

Herr Dieterich kann berichten, dass die Menschenkette und Gedenktage wahrgenommen werden. Es bestehe der Wunsch neue Dinge zu probieren, auch im digitalen Raum.

Frau Carvalho Hilje fragt, wie bereits stattfindende Aktivitäten bekannt gegeben wurden und welche Form der Moderation im Bürgerrat erfolgt sei.

Herr Dieterich erläutert, dass das Erwartungsmanagement die größte Herausforderung der Methode des Bürgerrats darstelle. Bereits bestehende Formen der Partizipation seien vielen Menschen nicht bekannt. Der Bürgerrat habe ermutigt, Beteiligungen stärker anzunehmen, weil sie Spaß machen und bereichern. Es wurde klar kommuniziert, dass kein Wunschzettel an die Landeshauptstadt Dresden und die Verwaltung gerichtet werde, sondern an die Stadtgesellschaft.

Herr Prof. Dr. Vorländer erfragt die Beratungserwartung, die Herr Dieterich an den Beirat heranträgt.

Herr Dieterich identifiziert die Empfehlungen 6 und 7, dabei bspw. die Beschäftigung mit der Erinnerungskultur rund um den 13. Februar, die konkret besprochen werden sollten.

Herr Klement hebt hervor, dass es eine bemerkenswerte Entwicklung ist, dass es nicht um den 13. Februar konkret geht, sondern um das ganze Jahr.

Herr Dieterich macht das Angebot an alle, vor allem auch an die Mitglieder des Stadtrats, auf ihn oder einzelne Bürgerräte zuzukommen und in den Austausch zu treten.

Herr Vincze erkundigt sich, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund am Bürgerrat beteiligt waren. Herr Dieterich erläutert, dass der prozentuale Bevölkerungsanteil auch auf den Bürgerrat übertragen wurde. Im Fall des Migrationshintergrunds umfasste dies ca. sechs Personen.

Herr Dr. Ulbricht merkt an, dass die Weiterentwicklung von der AG 13. Februar zum Beirat für Erinnerungskulturen den Hintergrund hatte, Erinnerungskultur breiter aufzustellen. Daher sollte sich auch der ganze Beirat mit den Ergebnissen des Bürgerrats beschäftigen

Herr Prof. Dr. Vorländer dankt Herrn Dieterich und BM Klepsch für Ihre Ausführungen.

TOP 4: Denkmal der Trümmerfrau in Dresden im deutsch-deutschen Vergleich gegenwärtiger Debatten – Impulsreferat durch Dr. Leonie Treber, TU Darmstadt

Frau Dr. Treber stellt die übergeordnete Frage, an wen man mit der Errichtung eines Trümmerfrauendenkmals vorm Rathaus gedenkt? Sie stellt folgende Thesen vor:

Die Trümmerräumung begann nicht erst 1945, von einer „Stunde Null" könne ebenso nicht gesprochen werden. Bereits in Kriegszeiten wurden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in die Trümmerräumung einbezogen. Die als Strafarbeit konnotierte Trümmerräumung setzte sich nach Kriegsende mit dem Einsatz von NS-Parteigenossen und Menschen in „Resozialisierungsmaßnahmen" fort. Kontinuitäten gab es auch in den Bauabteilungen. Folglich müsse das Gedenken an Trümmerräumung und Wiederaufbau auch die Kontinuität zum Nationalsozialismus sowie die Diversität der involvierten Personengruppen deutlich machen.

Das Gedenken zum diesem Thema müsse der historischen Tatsache gerecht werden, dass Baufirmen die Hauptlast der Großflächenberäumung leisteten und die Arbeit damit eine Professionalisierung erfuhr. Weil in der sowjetischen Besatzungszone allerdings Großgeräte und Fachpersonal fehlte, wurden auch ungelernte Arbeitskräfte eingesetzt. Zudem wurden Bürgereinsätze als freiwillige Pflichteinsätze organisiert, der erste fand am 1.7.1945 in Dresden statt.

Die Trümmerfrau wurde bereits in den 1950er Jahren zum Symbol für den Wiederaufbau und die sozialistische Frau. In Dresden wurde das Denkmal einer Trümmerfrau aus Eisenguss am 13. Oktober 1952, dem sogenannten Tag der Aktivisten, vor dem Neuen Rathaus enthüllt. Die Errichtung des Denkmals hatte eine sinnstiftende Wirkung und kodierte die Trümmerräumung vom Zwang hin zur sozialistischen Aufladung und Prägung des Frauenbildes um. Zu den Trümmerdenkmalen der 1950er Jahre gehören neben der Trümmerfrau in Dresden auch Denkmäler vor dem Roten Rathaus in Ost-Berlin und in West-Berlin. In den 2000er Jahren wurde u. a. ein Trümmerdenkmal in Jülich errichtet, wobei die Diskussion vordergründig von der Kriegskindergeneration vorangebracht wurde. Diskutiert, aber nicht errichtet wurden Trümmerdenkmale in Frankfurt am Main und Köln. Zuletzt erfolgte die Einweihung eines Trümmerdenkmals im Jahr 2018 in Wien. Beim Gedenken an die Trümmerräumung und den Wiederaufbau ist immer auch die Einordnung der politischen Vereinnahmung in Vergangenheit und Gegenwart nötig.

Herr Prof. Dr. Vorländer dankt Frau Dr. Treber für Ihren Impulsvortrag.

In der anschließenden Diskussion erläutern Herr Dr. Herrmann, dass die AG Altmarkt zu diesem Thema debattiert habe und anschließend dazu berichten werde.

Herr Prof. Dr. Vorländer bemerkt, dass die Ästhetik der Darstellung vom Konkreten zum Abstrakten zu beobachten sei. Frau Dr. Treber kann dies bestätigen: Die sozialistische Bildsprache setzte sich bei den Trümmerfrauen der 1950er Jahre durch. Bei den späteren Denkmälern stellte sich die Frage, ob man ausschließlich der Frauen gedenken kann. Eine Lösung waren abstraktere Formen der Darstellung.

BM Klepsch berichtet, dass im Jahr 2022 die Sanierung des Dresdner Trümmerfrauen-Denkmals durch das zuständige Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft erfolgte. Sie fragt die anwesenden Mitglieder des Beirats für Erinnerungskulturen, ob die Trümmerfrau vor dem Neuen Rathaus eine begleitende Kontextualisierung notwendig mache, um die ambivalente Geschichte der Trümmerfrau mitzudenken.

Herr Prof. Dr. Vorländer schlägt vor, die Entscheidung dazu mit dem Sachbericht der AG Altmarkt zu verknüpfen und in TOP 5 zu verschieben.

Frau Dr. Zloch kündigt an, dass eine Studie zur österreichischen Trümmerfrau erscheinen werde. Dort würde die Trümmerfrau nicht nur für den Wiederaufbau der Nachkriegsjahre stehen, sondern auch die Opfererzählung stärken, indem die Frau als Opfer der NS-Zeit dargestellt werde.

Frau Berger sehe es als kritisch, dass das Dresdner Denkmal Frauen allgemein und nicht namentlich gewidmet ist. Im Zusammenhang mit der Sanierung 2022/23 wurde u. a. in der Presse sprachlich stereotyp über Trümmerfrauen berichtet und Narrative bestärkt („Schönheitskur"). Sie ergänzt, dass das Frauenstadtarchiv 2006 eine Broschüre herausgegeben hat, welche auch digital zur Verfügung steht: https://frauenstadtarchiv.de/wp-content/uploads/2022/06/Truemmerfrauen-in-Dresden-einst-und-heute.pdf

TOP 5: Informationen aus den thematischen Arbeitsgruppen durch die jeweiligen Leitungen (AG Sowjetisches Ehrenmal, AG Städtisches Konzept Erinnerungskultur, AG Dresdner Norden, AG Altmarkt, AG 13. Februar) und Planungen eines Klausurworkshops in der zweiten Jahreshälfte 2025

AG Altmarkt (Mitglieder vgl. Anlage 1)

Frau Najto erklärt, dass sie ihre Mitarbeit in der AG niederlege.

Herr Dr. Herrmann berichtet stellvertretend für den AG-Leiter Herrn Hase, der sich für die Sitzung entschuldigen musste. Die AG hat sich zuletzt am 13.05.2025 beraten. Es wurde diskutiert, wie geeignet der Altmarkt als Erinnerungsort sei, der bspw. in Konkurrenz mit der übrigen Nutzung durch Märkte stehe. Die AG habe daher zwei alternative Ideen entwickelt: Entweder könnten die Platzaußenseiten bzw. die Eckpunkte des Altmarkts für Informationsfelder genutzt werden. Oder man könnte das Gedanken räumlich entzerren, indem ein Weg der Erinnerung entstehe, der bspw. den Altmarkt und das Trümmerfrauen-Denkmal verbinde und auch das Stadtmuseum einbeziehe. Die AG würde sich einer Kontextualisierung der Trümmerfrau anschließen. Er richtet die Frage an den Beirat für Erinnerungskulturen, in welchem Sinne man weiterdenken solle und ob es Dimensionen gebe, die stärker berücksichtigt werden müssten.

Herr Dr. Ulbricht ergänzt, dass die Trümmerfrau auch auf dem Wandbild „Der Weg der Roten Fahne" am Kulturpalast zu sehen ist und einbezogen werden müsse. Der Altmarkt sei nicht nur der Ort der Leichenverbrennung (die Asche wurde auf dem Heidefriedhof bestattet), sondern auch des Lebens und der Geschichte des ursprünglichen Rathauses. Die gegenwärtige Nutzung des Altmarkts sei gegen die Würde des Gedenkens des Luftkriegs, daher entstanden die Überlegungen sich vom Ort etwas zu entfernen.

Herr Vincze ergänzt den Wunsch, dass der Altmarkt ein Ort des Gedenkens sowie der Interaktion und Information sein müsse. Die Aktivitäten in Hiroshima könnten als Vorbild herangezogen werden. Frau Naito schätzt Hiroshima nicht als vorbildhaft ein, da die wirkliche Auseinandersetzung fehle.

BM Klepsch erkundigt sich, ob die AG eine schriftliche Handlungsempfehlung erarbeiten werde oder ob es einen Ideenwettbewerb zu einer dezentralen Erinnerungsform geben solle.

Herr Dr. Ulbricht erwidert, dass nach der Sommerpause eine konkrete Empfehlung ausgearbeitet wird, um sie im Beirat zu diskutieren und anschließend als Handlungsempfehlung vorzulegen.

Frau Dr. Förster betont, dass es wichtig sei, die bereits vorhanden Gedenkformen (Mahndepot, Informationstafel, Metallfugen von Einhart Grotegut) einzubeziehen und der Frage nachzugehen, wie man sichtbare Zeichen setzen kann.

Herr Prof. Dr. Vorländer fasst abschließend zusammen, dass die AG gebeten werde, das Konzept weiter auszuführen und dem Beirat für Erinnerungskulturen vorzustellen.

AG Sowjetisches Ehrenmal (Mitglieder vgl. Anlage 1)

Herr Dr. Ulbricht berichtet vom Abschluss der Sanierungsarbeiten des Denkmals und der Errichtung der kontextualisierenden Texttafel in der Woche vom 8. Mai 2025. Er kündigt außerdem an, dass Denk Mal Fort! e.V. im November eine Veranstaltung zum Denkmal plane. Die AG könne damit aufgelöst werden.

[BM Klepsch und Herr Le Van verlassen die Sitzung.]

AG Gedenkareal Dresdner Norden (Mitglieder vgl. Anlage 1)

Herr Nollau berichtet von den drei Sitzungen, die mit der AG bereits stattgefunden haben. Bei der Beschäftigung mit dem Gedenkareal Dresdner Norden ginge es vordergründig um die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus, auch wenn es andere Orte und historische Themen im Norden Dresdens gebe. Herr Robert Badura und Frau Annika Dube-Wnek wurden in einzelne Sitzungen eingeladen, um die AG zu den Erinnerungsorten Hellerau sowie den St.-Pauli-Friedhof zu beraten. Die AG arbeite außerdem an den Texten für die geplanten Splitterskulpturen Hellerau und Hellerberg und werde konkrete Vorschläge machen.

AG Konzept (Mitglieder vgl. Anlage 1)

Frau Dr. Förster berichtet von insgesamt sechs Treffen (davon dreimal einen halben Tag) zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Erinnerungskultur in Dresden. Das Grundgerüst für das Konzept stehe und die konkreten Texte werden derzeit erarbeitet.

Herr Prof. Dr. Vorländer dankt für die Berichte und bittet alle Arbeitsgruppen, ihre Sitzungsprotokolle in die Dresden Cloud zu stellen bzw. zur Einstellung an Frau Dr. Obenaus zu senden.

TOP 6: Informationen der Verwaltung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit fällt der Bericht der Verwaltung durch Frau Dr. Obenaus gekürzt aus.

Im Veranstaltungskalender auf der Website 1945.dresden.de wurden im Gedenkjahr 2025 bisher ca. 140 Veranstaltungen eingestellt, die sich hauptsächlich zwischen dem 21. Januar und 8. Mai erstreckten. Der Kalender werde weiter befüllt, Veranstaltungen können weiterhin gemeldet werden. Die Dokumentation rund um den 13. Februar (Menschenkette, Bürgersingen, Gedenken auf den Friedhöfen, Jugenddelegation etc.) ist ebenfalls auf der Seite zu finden.

Es konkretisieren sich die Planungen, die Containerausstellung #StolenMemory der Arolsen Archives auf dem Jorge-Gomondai-Platz in Dresden zu zeigen. Mit der Ausstellung machen sich die Arolsen Archives auf die Suche nach Angehörigen, die persönliche Gegenstände ehemaliger KZ-Häftlinge zurückerhalten. Die Ausstellung soll vom 10.-28.10.2025 zu sehen sein, die Eröffnung ist am 9. Oktober, 18 Uhr geplant. Einladungen werden folgen.

TOP 7: Sonstiges

Herr Prof. Dr. Vorländer bittet um die Terminabstimmung für einen Klausurworkshop Ende 2025. Zwei Termine werden vorgeschlagen: Freitag, den 5.12.2025 oder 12.12.2025, je 10-15 Uhr.

Die Zeiten sind weder für Ehrenamtliche noch jüdische Mitglieder gut geeignet. Die Terminfindung wird vertagt.

Nächster Sitzungstermin des Beirats für Erinnerungskulturen: **16.09.2025, 15-17 Uhr**, im Konferenzraum FORUM im Stadtforum, Waisenhausstraße 14, 01069 Dresden

Aufgestellt: Bestätigt:

MOBENAUS Digital signiert von MOBENAUS
DN: cn=MOBENAUS, ou=Amt41
Grund: Maria Obenaus, 41.2
Datum: 26.08.2025 14:53
+02'00'

Obenaus Vorländer

Anlagen:

- Anwesenheitsliste mit AG-Zugehörigkeiten
- Antrag A0486/23 der AFD-Fraktion zur „Jugendhilfe" im DDR-Regime – Gedenkorte sichtbar machen!
- Forschungslage und Erinnerungsformen zu Durchgangsheimen in der DDR, Präsentation Manuela Rummel, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau
- Friedensstadt Dresden. Empfehlungen des Bürgerrats

Dresden.

TOP 7: Sonstiges

Herr Prof. Dr. Vorländer bittet um die Terminabstimmung für einen Klausurworkshop Ende 2025. Zwei Termine werden vorgeschlagen: Freitag, den 5.12.2025 oder 12.12.2025, je 10-15 Uhr.

Die Zeiten sind weder für Ehrenamtliche noch jüdische Mitglieder gut geeignet. Die Terminfindung wird vertagt.

Nächster Sitzungstermin des Beirats für Erinnerungskulturen: **16.09.2025, 15-17 Uhr**, im Konferenzraum FORUM im Stadtforum, Waisenhausstraße 14, 01069 Dresden

Aufgestellt:

MOBENAUS Digital signiert von MOBENAUS
DN: cn=MOBENAUS, ou=Amt41
Grund: Maria Obenaus, 41.2
Datum: 26.08.2025 14:53
+02'00'

Obenaus

Bestätigt:

Vorländer

Anlagen:

- Anwesenheitsliste mit AG-Zugehörigkeiten
- Antrag A0486/23 der AFD-Fraktion zur „Jugendhilfe" im DDR-Regime – Gedenkorte sichtbar machen!
- Forschungslage und Erinnerungsformen zu Durchgangsheimen in der DDR, Präsentation Manuela Rummel, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau
- Friedensstadt Dresden. Empfehlungen des Bürgerrats

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Fünfte Sitzung des Beirates für Erinnerungskulturen

Datum: 18.06.2025
Zeit: 15:00 – 17:00 Uhr
Ort: Kulturrathaus Dresden, Königstraße 15, 01097 Dresden

Institution	**Vertreter (Stellv.)**	**Arbeitsgruppe(n)**	**Anwesenheit 18.06.2025**
Denk Mal Fort! e.V. – Die Erinnerungswerkstatt Dresden	Dr. Justus Ulbricht (Sebastian Kieslich)	AG Sowjetisches Ehrenmal, 13. Februar, AG Altmarkt	Dr. Justus Ulbricht
Dresdner Geschichtsverein e. V.	Dr. Caroline Förster	AG Konzept Erinnerungskultur (Leitung), AG Dresdner Norden	Dr. Caroline Förster
Gedenkstätte Bautzner Straße	Uljana Sieber	AG Konzept Erinnerungskultur, AG Dresdner Norden	Uljana Sieber
Afropa – Verein für afrikanisch-europäische Verständigung e.V.	Paolo Le Van (Marita Schieferdecker-Adolph)	AG Konzept Erinnerungskultur	Paolo Le Van
HATiKVA e. V.	Johanna Stoll	AG Konzept Erinnerungskultur, AG Dresdner Norden	Johanna Stoll
en*stadtarchiv Dresden	Friederike Berger	AG Konzept Erinnerungskultur	Friederike Berger
Netzwerk WOMEN IN REMEMBERANCE CULTURE - WIRC	Valérie Madoka Naito (Heike Richter)	AG Altmarkt	Valérie Madoka Naito
Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG)	Tobias Kley	AG Konzept Erinnerungskultur	Tobias Kley
Integrations- und Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Dresden	Dr. Hussein Hasham Jinah (Viktor Vincze)	AG Altmarkt (Vincze)	Viktor Vincze

Stiftung enkirche Dresden	Andreas Dieterich	AG Konzept Erinnerungskultur	Andreas Dieterich
Evangelische Landeskirche Sachsen	Albrecht Nollau (Christian Behr)	AG Dresdner Norden (Leitung)	Albrecht Nollau
Jüdische Kultusgemeinde Dresden	Rosa Schmitthenner (Moshe Barnett)	AG Dresdner Norden	Moshe Barnett
Islamisches Zentrum Dresden .e.V.	Ahmed Aslaoui (Kassem Mahmoud)		
Institut für Neuere und Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte	Dr. Stephanie Zloch (Dr. Mathias Herrmann)	AG Sowjetisches Ehrenmal, AG Altmarkt (Herrmann)	Dr. Stephanie Zloch und Dr. Mathias Herrmann
Technische Universität Dresden - Prorektorat	Prof. Roswitha Böhm (Dr. Claudia Müller)	AG Konzept Erinnerungskultur	Prof. Roswitha Böhm
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der Technischen Universität Dresden	Prof. Hans Vorländer (Dr. Kristina Chmelar)		Prof. Hans Vorländer
Ausländerrat Dresden e.V.	Dr. Clara Carvalho Hilje	AG Konzept Erinnerungskultur	Dr. Clara Carvalho Hilje
Netzwerkes WOD – Weltoffenes Dresden	Joachim Klement (Denise Ackermann)		Joachim Klement und Denise Ackermann
Stadtschülerrat Dresden	Viktoria Torno		Viktoria Torno
Stadtschülerrat Dresden	Yann Ywen Egon Lindemann		Yann Ywen Egon Lindemann
LHD / GB 4 - Beigeordnete für Kultur, Wissenschaft und Tourismus	Annekatrin Klepsch		Annekatrin Klepsch
LHD / Amt 41 - Amtsleiter Kultur und Denkmalschutz	Dr. David Klein		entschuldigt
LHD / Amt 43 - Amtsleiter der Städtischen Museen	Dr. Gisbert Porstmann (Dr. Christina Ludwig)		Richard Stratenschulte

LHD / Amt 47 - Amtsleiter Stadtarchiv	Prof. Thomas Kübler (Dr. Stefan Dornheim)		Prof. Thomas Kübler und Dr. Stefan Dornheim
LHD / Amt 67 - Amtsleiter Stadtgrün und Abfallwirtschaft	Dr. Sascha Döll (Katja Porrmann		Katja Porrmann
LHD / Amt 15 - Amtsleiterin für Stadtstrategie, Internationales und Bürgerschaft	Kerstin Zimmermann (Marko Beger)		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Andrea Mühle		
Fraktion SPD	Solvejg Höppner		entschuldigt
Fraktion AFD	Susanne Dagen	AG 13. Februar, AG Altmarkt	Susanne Dagen
Fraktion CDU	Mario Schmidt	AG 13. Februar, AG Altmarkt	Mario Schmidt
Fraktion DIE LINKE	Kristin Dänhardt (André Schollbach)	AG Konzept Erinnerungskultur, AG Altmarkt	Kristin Dänhardt
Fraktion FDP/Freie Bürger	Holger Hase	AG Altmarkt (Leitung)	entschuldigt
Fraktion Team Zastrow/Bündnis Sachsen 24	Jens Genschmar	AG Altmarkt	
Fraktion BSW	Maurice Devantier (Gunda Thielking)		Gunda Thielking
Fraktion PVP-Kooperation	Anne Herpertz (Ludwig Firkert)	AG 13. Februar, AG Altmarkt	

STADTRATSFRAKTION DRESDEN

Neues Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden

1. Etage, Raum 202

Tel. +49 (0)351 488 1050

www.afd-fraktion-dresden.net
afd-fraktion@dresden.de

Antrag Nr.: A0486/23
Datum: 15.06.2023

A N T R A G
Fraktion AfD

Gegenstand:

„Jugendhilfe„ im DDR-Regime – Gedenkorte sichtbar machen!

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. auf Basis der auf Bundesebene vorliegenden Berichte und Ergebnisse der Enquete-Kommission des Bundes zu den Jugendhilfeeinrichtungen der DDR die noch ausstehenden, vertiefenden Forschungen zum ehemaligen Standort des Durchgangsheims auf der heutigen Glacisstraße 30 (Haus B) in geeigneter Weise in Auftrag zu geben bzw. zu initiieren und bis zum 31.05.2024 über die Ergebnisse zu berichten.

2. dem Stadtrat Vorschläge zu unterbreiten, wie unter Berücksichtigung der Forschungsergebnisse am Standort des ehemaligen „Durchgangsheims für auffällig gewordene Jugendliche“ auf der Glacisstraße 30 in geeigneter Weise an die Nutzung dieses Gebäudes in der Zeit von 1977 bis 1987 erinnert werden kann.

Beratungsfolge	*Plandatum*		
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ältestenrat		nicht öffentlich	zur Information
Ausschuss für Kultur und Tourismus (Ei-		nicht öffentlich	1. Lesung

genbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium)			(federführend)
Stadtbezirksbeirat Neustadt		öffentlich	beratend
Ausschuss für Kultur und Tourismus (Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium)		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Der heutige Hauptsitz des Heinrich-Schütz-Konservatoriums auf der Glacisstraße 30 hat eine bewegte Vergangenheit. In der Zeit von 1977 bis 1987 wurde dieses Gebäude als „Durchgangsheim für auffällig gewordene Jugendliche“ genutzt. Bis zu 570 Jugendliche pro Jahr wurden in diesem Heim interniert und blieben dort unter menschenunwürdigen Zuständen solange, bis in Jugendwerkhöfen oder anderen Heimen Plätze für sie gefunden wurden.

Die minderjährigen Insassen verbrachten teilweise bis zu sechs Monate in diesen Einrichtungen. Laut dem Buch „Ziel Umerziehung. Spezialheime der DDR-Jugendhilfe in Sachsen 1945-1990“ von Christian Sachse gab es in jener Zeit 15 dieser Heime auf dem Gebiet der DDR. Ziel dieser Heime war, wie Christian Sachse in seinem Buch schreibt, der „totale Umbau der Persönlichkeit“. Wenngleich diesem Buch eine Vielzahl von Informationen zu entnehmen ist, fehlt noch immer die ortskonkrete Aufarbeitung für das damalige Heim auf der Glacisstraße 30 in Dresden.

Noch heute leben Menschen in der Dresdner Bürgerschaft, die unter den physischen und psychischen Folgen dieses Heimaufenthaltes leiden. Mit Antwort auf die Anfrage AF2974/23 wird seitens der Landeshauptstadt Dresden dargestellt, dass eine vertiefte Forschung zu diesem Standort erforderlich ist. Diese Forschung soll mit diesem Antrag initiiert werden.

Matthias Rentzsch	Thomas Ladzinski
Fraktionsvorsitzender	*Fraktionsvorsitzender*

Anlagenverzeichnis:

keine

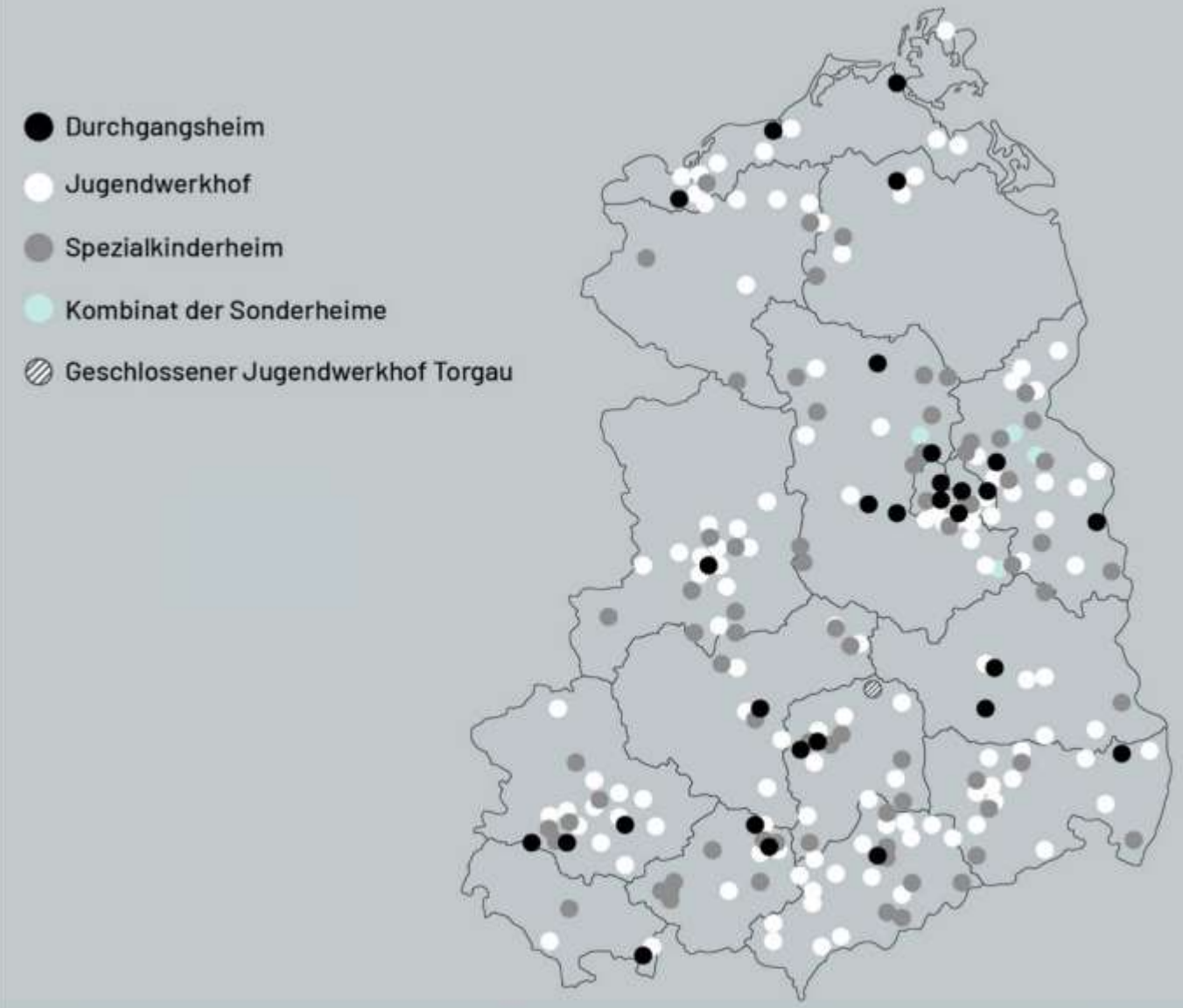
Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

„Ich bin als Mensch geboren und will als Mensch hier raus!“

Der Geschlossene Jugendwerkhof (GJWH) Torgau im Erziehungssystem der DDR

Außenansicht 1970er Jahre
©Archiv der Gedenkstätte GJWH Torgau

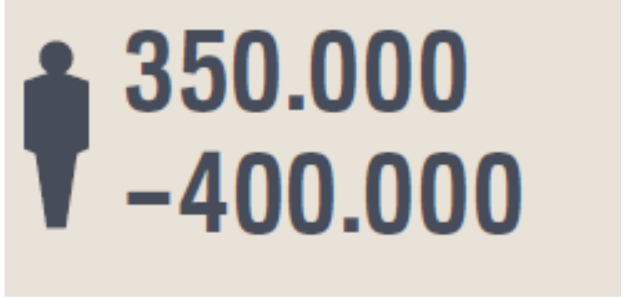
Spezialheime zur Umerziehung in der DDR



Spezialheime
Spezialkinderheime
Jugendwerkhöfe
Durchgangsheime
Geschlossener Jugendwerkhof Torgau
Kombinat der Sonderheime
Ministerium für Volksbildung Abt. Jugendhilfe

Durchgangsheime

Durchgangsheim Kaßberg Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)



Anke Dreier-Horning: Pädagogisches Niemandsland. Die Durchgangseinrichtungen der ehemaligen Nordbezirke der DDR von 1949 bis 1989, Schwerin 2015, S. 9.

Minderjährige ab drei Jahren werden hier untergebracht, wenn sie weggelaufen sind oder aufgrund einer Gefährdungssituation nicht mehr im Elternhaus bleiben können. Für andere ist die Heimeinweisung bereits beschlossen, aber es steht noch kein Platz zur Verfügung. Durchgangsheime sind geschlossene Einrichtungen mit gefängnisartigen Sicherheitsvorkehrungen.

Angedacht sind vorläufige Unterbringungen von 18 Tagen bis zur Vermittlung in andere Heime. Aus Mangel an Heimplätzen sind Kinder und Jugendliche teilweise bis zu sechs Monate hier untergebracht. Vorgeschrieben sind gefängnisähnliche Sicherheitsmaßnahmen und Aufnahmeprozeduren: die Abgabe aller persönlichen Sachen, der Erhalt von Einheitskleidung, eine ärztliche Untersuchung.
Ende 1986 werden alle Durchgangsheime geschlossen und durch Durchgangsstationen in den Spezialheimen ersetzt.

Eröffnung der BLACKBOX HEIMERZIEHUNG am 18. Juni 2022

1. Juli bis 11. September 2022
Burg Scharfenstein/Drebach

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

Mobiles Denkzeichen als interaktiver Lernort zur repressiven DDR-Heimerziehung

1. Juli – 28. August 2022

Öffnungszeiten:
Dienstag – Sonntag
10 – 17 Uhr

Burg Scharfenstein
Schloßberg 1
09430 Drebach

www.blackbox-heimerziehung.de

Jugendwerkhof A. S. Makarenko, Scharfenstein

1951 wird auf Burg Scharfenstein zunächst ein Spezialkinderheim eingerichtet. Mit der Neustrukturierung des DDR-Heimsystems im Jahr 1965 wird die Burg ab 1967 als Jugendwerkhof genutzt. Bis 1989 dient er der Umerziehung von sogenannten „schwererziehbaren" Jugendlichen. Die Aufnahmekapazität umfasst bis zu 60 Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren.

Der Heimalltag ist streng geregelt. Neben dem Schulunterricht arbeiten die Jugendlichen im DKK-Kühlschrank-Werk Scharfenstein. In dieser Zeit absolvieren sie eine Teilfacharbeiter-Ausbildung, die jedoch für eine nachfolgende Lehre nicht anerkannt wird. Ihr Einsatz erfolgt im Schichtsystem. Freizeitaktivitäten finden fast ausschließlich in der Gruppe statt.

Ab 1990 bis 1992 wird die Burg als Jugendheim weitergeführt. Anschließend erfolgen ihre Komplettsanierung und Öffnung für touristische Zwecke.

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

Mobiles Denkzeichen als interaktiver Lernort zur repressiven DDR-Heimerziehung

19. September – 9. Oktober 2022

Theaterplatz
08523 Plauen

Öffnungszeiten:
täglich 10 – 12 Uhr
15 – 18 Uhr
Schulklassen nach Voranmeldung

Jugendwerkhof „Schloss Voigtsberg" Oelsnitz/ Vogtland

Nach dem Zweiten Weltkrieg dient das Schloss Voigtsberg zunächst als Flüchtlingsunterkunft. 1952 wird hier ein Jugendwerkhof eingerichtet. Dieser bietet Platz für 140 Mädchen und Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Im Jahr 1957 wird der Jugendwerkhof dem Typ C „Hilfsschüler" zugeordnet. Die Jugendlichen besuchen die heiminterne „Hilfsschule", die nur ein eingeschränktes Bildungsniveau vorsieht. Ihr Arbeitseinsatz erfolgt u.a. in der Rinderzucht Geilsdorf, der Baumwollspinnerei Lengenfeld und im Teppichwerk Oelsnitz.
Ende des Jahres 1961 kommt es zur Auflösung des Jugendwerkhofes. Die Jugendlichen werden entlassen oder in anderen Heimen untergebracht. Nachweislich 40 Jugendliche kommen bis zur Fertigstellung des Spezialkinderheims Meerane vorübergehend in den Jugendwerkhof Antonsthal.

Spezialkinderheim „Friedenswacht" Triebel

1951 wird in Triebel das Kindererziehungsheim „Friedenswacht" eröffnet. 1952/1953 erfolgt eine Umstrukturierung zum Spezialkinderheim. Die Aufnahmekapazität beträgt bis zu 45 Jungen im Alter von 6 bis 14 Jahren.
1968 wird die Einrichtung aufgelöst. In den folgenden Jahrzehnten nutzt das Ministerium für Staatssicherheit den Gebäudekomplex als Kinderferienlager. Heute befindet sich dort ein buddhistisches Meditationszentrum.

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

Mobiles Denkzeichen als interaktiver Lernort zur repressiven DDR-Heimerziehung

13. Oktober – 23. November 2022

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.
Spremberger Straße 140
03050 Cottbus

Öffnungszeiten:
Di-Fr 10 – 17 Uhr
Sa+So 13 – 18 Uhr
Schulklassen nach Voranmeldung

Jugendwerkhof „Neues Leben" Drehna

Im Jahr 1972 wird der Jugendwerkhof „Neues Leben" im Wasserschloss Drehna eingerichtet (heute Fürstlich Drehna, Stadt Luckau). Der Jugendwerkhof bietet 85 Jugendlichen Platz. Der bauliche Zustand ist vor allem in den ersten Jahren sehr schlecht. Im Januar 1976 kommt es obendrein zu einem Brand, der einen Teil des Gebäudes unbenutzbar macht. Mit der Eröffnung des neuen Jugendwerkhofes Finsterwalde wird der Jugendwerkhof in Drehna im Jahr 1986 geschlossen.

Spezialkinderheim „Maxim Gorki" Weißwasser

Schon 1949 wird in Weißwasser erstmals ein Spezialkinderheim eingerichtet. Mitte der 1950er Jahre wird es jedoch in ein Normalheim umgewandelt. Im Jahr 1981 erhält Weißwasser erneut ein Spezialkinderheim mit einer Kapazität von 207 Plätzen. Ab 1983 trägt es den Namen „Maxim Gorki" und beherbergt auch eine Jugendwerkhofgruppe für 14 Mädchen. Spätestens ab 1988 gibt es dort zudem eine Durchgangsstation. Diese dient der vorübergehenden haftähnlichen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren.

www.blackbox-heimerziehung.de
www.heimerziehung-ddr.de

15. September 2022:
Demokratie-Messe in Plauen

19. September bis 9. Oktober 2022
Theaterplatz in Plauen

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG
in Wolfersdorf

Eröffnungs-
veranstaltung
am 03.05.
17 Uhr

Datum	Ort	Öffnungszeiten
03.05.–25.05.2023	Rothehofstal 2 07646 Trockenborn-Wolfersdorf	täglich 10-20 Uhr

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG in Wolfersdorf:
Fachtag für Fachkräfte in der Sozialen Arbeit

Theateraufführung
mit anschließender
Diskussion

20.04.2023 / 19 Uhr

Ernst-Abbe-Hochschule
Medienstudio im Haus 5, 3. OG
Carl-Zeiss-Promenade 2
07745 Jena

-Eintritt frei-

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

in Dresden

Datum	Ort	Öffnungszeiten
28.11.–07.12.2023	Albertstraße 10, Dresden	Montag bis Samstag, 10–16 Uhr

Durchgangsheim Dresden

Am Steinberg 5 in Dresden-Wachwitz wird 1951 ein Durchgangsheim eröffnet. Im Laufe der Jahre zieht es mehrfach um, 1963 in die Dobelner Straße 54 und 1977 in die Togliattistraße 30 (heute Glacisstraße) mitten in die Dresdener Innenstadt. Das Durchgangsheim bietet etwa 30 Plätze für minderjährige Mädchen und Jungen.

Aufgrund strenger Vorschriften sind Durchgangsheime gefängnisähnliche Einrichtungen und eine Unterbringung bedeutet immer einen Freiheitsentzug. Im Durchgangsheim Dresden sind die Räume nachts verschlossen und die Fenster vergittert. Es gibt Arrestzellen und eine Signalanlage, die mit der nächsten Polizeistation verbunden ist. Gewaltanwendungen, Suizid- und Fluchtversuche sind dokumentiert.

Im Jahr 1987 wird das Durchgangsheim Dresden im Zuge einer Neuorganisation aller Durchgangsheime geschlossen.

Über Durchgangsheime in der DDR
In Durchgangsheimen sind Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis 18 Jahren vorübergehend untergebracht, bis über ihren weiteren Lebensweg entschieden wird. Darunter befinden sich Minderjährige, die von zu Hause weggelaufen oder aus einem Heim geflohen sind, die aufgrund einer Gefährdungssituation nicht länger im Elternhaus verbleiben können oder für die ein Heimaufenthalt bereits beschlossen wurde, aber noch kein Heimplatz zur Verfügung steht. Eine vorläufige Unterbringung von bis zu 18 Tagen ist vorgesehen. In der Praxis dauert der Aufenthalt jedoch oft mehrere Monate.

Weitere Informationen und englische Version:

Im Jahr 1987 wird das Durchgangsheim Dresden im Zuge einer Neuorganisation aller DDR-Durchgangsheime geschlossen.

Stimmen von Betroffenen: Sonja S.

Geb. 1967
1975 bis 1985: Kinderheim Sebnitz, Kinderheim Drehsa, Durchgangsheim Dresden, Jugendwerkhof Gerswalde, Jugendwohnheim Zittau, Durchgangsheim Alt-Stralau, Jugendwerkhof Burg

„Ich bin dann in das Durchgangsheim Dresden gekommen. Da ging es eine Treppe hoch, ein Erzieher hat eine Eisentür auf- und zugeschlossen und ich musste mich vor ihm ausziehen. Es war aber ein Mann. Ich musste unter die Dusche und wurde desinfiziert. Danach habe ich einen roten Trainingsanzug bekommen und kam in eine Dunkelzelle.“

https://blackbox-heimerziehung.de

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

Kontakt | Über uns | Aktueller Standort | Zeitzeugen gesucht

DDR Heimerziehung | Orte der Umerziehung | Schicksale

Zeitzeugen gesucht

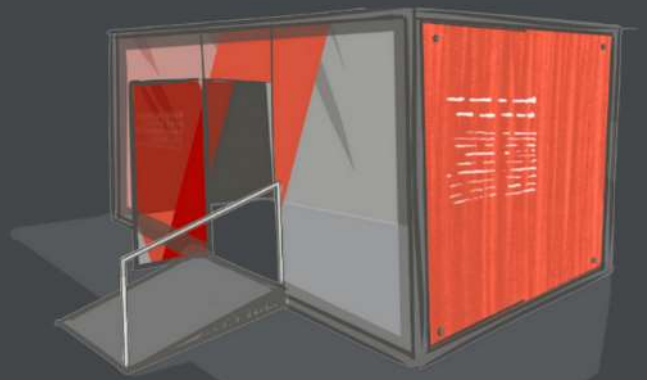
Wenn du nicht brav bist, kommst du ins Heim.

Ausstellung
17. Juli bis 14. August 2023
in
Schwerin
Mehr erfahren

Die BLACKBOX HEIMERZIEHUNG bringt die Geschichte der repressiven Heimerziehung in der DDR zurück an die historischen Orte ehemaliger Umerziehungseinrichtungen. Die Ausstellung in einem umgebauten Seecontainer beleuchtet das System der Spezialheime, die sozialistische Umerziehungspraxis und die Folgen für ehemalige DDR-Heimkinder.

Ein Projekt der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau.

Mehr über das Projekt →



Historische Orte der DDR-Heimerziehung dauerhaft markieren

KOCMOC exhibitions

Wandtafel
Grafik

QR-Code
Verweis auf die entsprech
ende Unterseite der Black
Heimerziehung Webseite.

Fließtext
Deutsch & Englisch
jeweils **500** Zeichen
inklusive Leerzeichen

Mittelgeber und
Kooperationspartner

Blattgröße DIN A4
Maßstab 1:4

Foto / Illustration
vom historischen Standort
Produktion per Plattendirektdruck,
anschließend mit Klarlack versiegelt.

KOCMOC exhibitions

Blackbox Heimerziehung
Mobiler Lernort

Dauerhaftes Denkzeichen

Entwurf

Stelen | Entwürfe
Ansichten

Die Säule ist aus Beton gegossen und erinnert formal an die Gräuel der DDR-Kinderheime, an Grenzbauten in ihrem brutalistischen Stil. Darum herum schmiegen sich die Grafik-Tableaus, die gegen das Vergessen an-kämpfen und Aufmerksamkeit erzeugen.

Formal ähnlich zu dem Wandelement ist diese Stele raumgreifender und steht wie ein mahnendes Denkzeichen in der Landschaft.

Historische Orte der DDR-Heimerziehung dauerhaft markieren

Die BLACKBOX HEIMERZIEHUNG versieht den historischen Ort mit einem dauerhaften »Denkzeichen«. Dieses verweist auf die Geschichte der jeweiligen Heimeinrichtung und erinnert an die Schicksale der ehemaligen DDR-Heimkinder. Über einen QR-Code sind auf der Website www.blackbox-heimerziehung.de vertiefende Informationen zum jeweiligen Standort verfügbar. Das Denkzeichen markiert den historischen Ort der repressiven DDR-Heimerziehung und gibt Anstoß zu einer weiterführenden Auseinandersetzung mit diesem Teil regionaler Geschichte.

Uns hat es früher auch nicht geschadet.....
5 Tage Gefällt mir Antworten 26
Alle 13 Antworten ansehen

Bei dem Bedarf heute nicht zu machen!
Müßte die Größe des Saarlandes haben!
4 Tage Gefällt mir Antworten

Da hat sich der Staat noch Gedanken gemacht um die Jugend, um sie in richtige Bahnen zu lenken... Im Gegensatz zu heute, da ist jeder sich selber überlassen...
11 Wo. Gefällt mir Antworten 5
Alle 4 Antworten ansehen

Kinder der DDR - Ostalgie · Folgen
20. März
DDR

Wäre das richtige für Grüne Wähler
6 Tage Gefällt mir Antworten 489
Alle 44 Antworten ansehen

Mitteldeutsche Zeitung

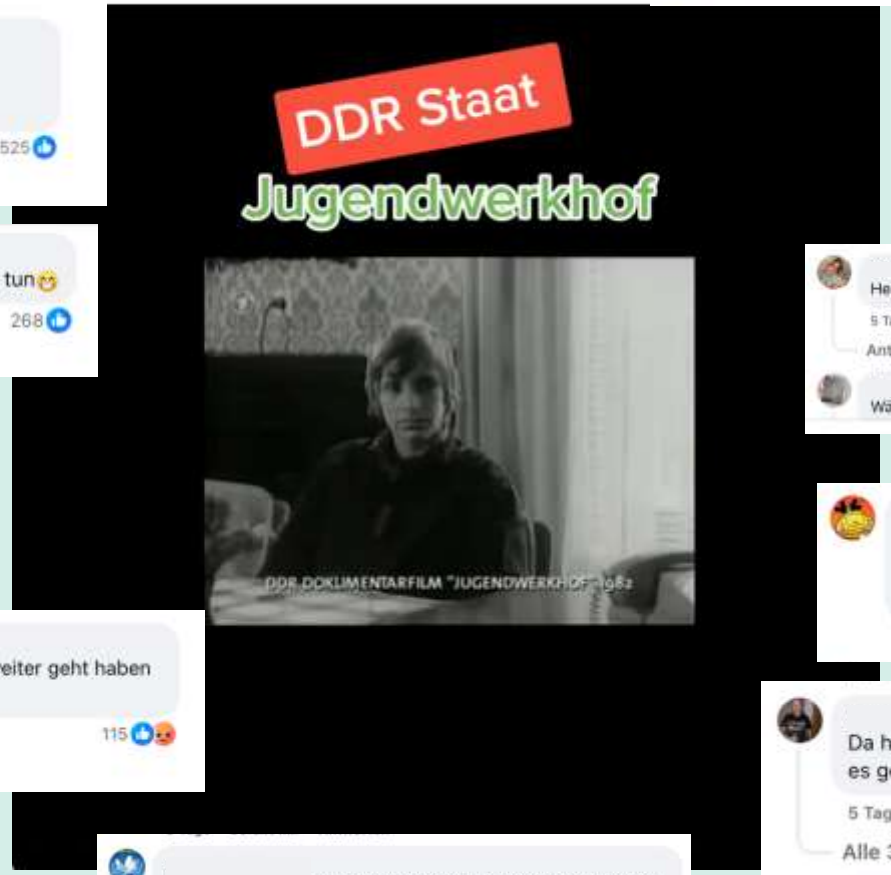
Bildungsminister Tullner warnt vor "Jugendwerkhof 2.0"

Von Hagen Eichler 29.08.2019, 02:00

Magdeburg - Die AfD fordert ein hartes Durchgreifen des Staates gegen aggressive Schüler. Besonders gewaltbereite Kinder und Jugendliche sowie Wiederholungstäter sollen nach Vorstellung der Partei künftig in einen Arrest kommen. Die AfD selbst spricht von einer „Spezialanstalt" zur Erziehung.

„Die Schüler sollen dort wieder auf den rechten Weg gebracht werden", sagte der AfD-Bildungspolitiker Hans-Thomas Tillschneider, Landtagsabgeordneter aus dem Saalekreis. An diesem Freitag wird der Vorstoß im Landtag debattiert.

Rising Fan
So etwas braucht unsere heutige Jugend. Dort war Zucht und Ordnung der Tagesablauf.
6 Tage Gefällt mir Antworten 1.525
Alle 402 Antworten ansehen



Würde so einigen jungen Leuten heute gut tun
6 Tage Gefällt mir Antworten 268
Alle 13 Antworten ansehen

Heute der perfekte Ort für alle Altparteien und deren Wähler
5 Tage Gefällt mir Antworten 40
Antwort ansehen
Wäre heute mehr denn je nötig

Das hatte seinen Sinn. Dort waren Kinder, wo die Eltern es nicht geschafft haben, ihren Kindern ein ordentliche Leben zu bieten. Um die Kinder zu schützen,wurden sie in Jugndwerkhöfe erzogen. Das war aber keine Strafe für die Kinder, denn es wurde ihnen geholfen. Fragt doch einfach mal Betroffene. Wenn sie ehrlich sind, dann werden sie von ihrem Leben erzählen.
5 Tage Gefällt mir Antworten 70
Alle 50 Antworten ansehen

Unsere heutige Jugend schafft es nicht mal 1Monat am Stück durchzuarbeiten
Und denen wird noch in den Arsch gekrochen
So sieht es aus
3 Tage Gefällt mir Antworten

Richtig das fehlt heute . Denn es hat geholfen damals . Wenns so weiter geht haben die 10jährige die oberhand
5 Tage Gefällt mir Antworten 115
Alle 31 Antworten ansehen

Da herrschte noch Zucht und Ordnung, heute ist kein Respekt mehr angesagt, gibt es genug in Strehla von der Jugend
5 Tage Gefällt mir Antworten Bearbeitet 32
Alle 3 Antworten ansehen

Viele wurden auch zu Unrecht in einen Jugendwerkhof gesteckt.

Sowas fehlt heute, denn die Kinder können tun und lassen, was sie wollen. Die können kriminell sein die können die anderen Schüler mobben. Die können Leute umbringen es juckt keinen mehr das wird nur geredet und geredet. Es muss auch was getan werden. Auch ein Jugendknast sollte es geben schon für zehnjährige, damit endlich mal ein bisschen Ordnung in unser System kommt.
11 Wo. Gefällt mir Antworten

Ich kenne einige die im Jugendwerkhof waren und die hatten es verdient!!!
4 Tage Gefällt mir Antworten 3

Es darf nicht so laufen wie in der DDR, aber für mehrfach kriminelle Jugendliche sollten solche Maßnahmen möglich sein
4 Tage Gefällt mir Antworten 17

AUFARBEITEN
COMING TO TERMS
WITH THE PAST

Fazit:

Kein eigenständiger Bestand zum D-Heim Dresden auffindbar (alles, was bisher gefunden wurde, siehe Anlage).

Die Aufarbeitung der Geschichte des Durchgangsheims Dresden und dessen Markierung durch ein „Dauerhaftes Denkzeichen“ begann bereits 2023 (vor dem Antrag der AfD) Über uns - Blackbox Heimerziehung.

Für Unterstützung und Kooperation bei der Ausarbeitung eines dauerhaften Denkzeichens und dessen Umsetzung steht die Gedenkstätte GJWH Torgau gern zur Verfügung.

Friedensstadt Dresden

Empfehlungen des Bürgerrates

BÜRGERRAT

FRIEDENSSTADT
DRESDEN

Dieses Bürgergutachten ist das Ergebnis des Bürgerrates Friedensstadt Dresden, den die Stiftung Frauenkirche Dresden 2025 durchgeführt hat. In diesem haben zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Empfehlungen für eine friedlichere Stadtgesellschaft erarbeitet. In moderierten Arbeitsblöcken setzen sie sich intensiv mit diesem Thema auseinander, diskutieren verschiedene Perspektiven und entwickeln auf dieser Basis das vorliegende Bürgergutachten mit konkreten Vorschlägen für unsere Stadt.

INHALT

GRUSSWORTE 4

1 DER BÜRGERRAT
Warum einen Bürgerrat Friedensstadt Dresden durchführen? 8
Vorbereitung des Bürgerrats 9

2 DIE TEILNEHMENDEN DES BÜRGERRATS
Zufallsauswahl 10
Teilnehmendenstatistik 11

3 DER ABLAUF DES BÜRGERRATS
Arbeitsweise und Meinungsbildung im Bürgerrat 14
Elemente zur Unterstützung der Zusammenarbeit im Bürgerrat 15
Ablauf des Bürgerrats und Einblicke in die Sitzungen 18
Erstes Wochenende 18
Online-Sitzung 22
Zweites Wochenende 24

4 DIE ERGEBNISSE DES BÜRGERRATS
Die Empfehlungen des Bürgerrats Friedensstadt Dresden 28
1. Empfehlungen aus dem Konfliktfeld »Gefährdung des Demokratischen Miteinanders« 31
2. Empfehlungen aus dem Konfliktfeld »Diskriminierung« 33
3. Empfehlungen aus dem Konfliktfeld »Unfreundlichkeit und fehlende Rücksichtnahme« 36
4. Empfehlungen aus dem Konfliktfeld »Gewalt und Bedrohung im öffentlichen Raum« 38
5. Empfehlungen aus dem Konfliktfeld »Gruppen- und Interessenkonflikte« (Teil 1) 42
6. Empfehlungen aus dem Konfliktfeld »Gruppen- und Interessenkonflikte« (Teil 2) 46
7. Empfehlung zum Beitrag der Friedensstadt Dresden auf nationaler und internationaler Ebene 48
Schlusswort 50
Impulse des Bürgerrats 52

STATEMENT VON TEILNEHMENDEN 54

DANKSAGUNG 56

AUSBLICK 58

IMPRESSUM 60

GRUSSWORTE

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

in der wiederaufgebauten Frauenkirche kamen im März 2025 rund 50 Dresdnerinnen und Dresdner zusammen, um miteinander zu sprechen, zu diskutieren und zu ringen – über nicht weniger als: Frieden. Ein großes Wort – und auf den ersten Blick ein abstraktes. Denn Frieden, den wollen wir doch alle! Darüber streitet man sich doch nicht. Vielleicht gibt es den Begriff deshalb auch nur im Singular…

Doch sobald wir Frieden aus dem Allgemeinen ins Konkrete holen, wird es komplizierter. Dann bedeutet Frieden für jede und jeden etwas anderes. Genau das hat auch unser **Bürgerrat Friedensstadt Dresden** erkannt. Frieden reicht vom globalen Miteinander bis hin zum nachbarschaftlichen Zusammenleben, von ökologischer Gerechtigkeit bis zur Frage, wie Fans rivalisierender Fußballteams einander nach dem Spiel begegnen. Er betrifft Themen wie Migration, Flucht und Integration ebenso wie das rücksichtsvolle Miteinander von Fußgängerinnen, Radfahrern und Autofahrerinnen. Dies sind nur einige von vielen Perspektiven. Und spätestens, wenn es darum geht, was wir konkret zum Frieden beitragen können – und wie er konkret aussehen kann – wird deutlich: Der Begriff Frieden braucht eigentlich einen Plural.

Unser Dank gilt allen Dresdnerinnen und Dresdnern, die sich auf das Projekt **Bürgerrat** eingelassen haben – die ihre freie Zeit, ihre Gedanken, ihre Sprache und ihr Ohr der Friedensstadt Dresden gewidmet haben. Sie haben Frieden in seinen vielen Facetten greifbar gemacht. In der Frauenkirche wurde auf Augenhöhe diskutiert, zugehört, Perspektiven wurden zusammengeführt. Viele Teilnehmende berichteten von der Offenheit und Wertschätzung, die sie erlebt haben – und davon, wie bereichernd der Austausch mit Menschen über soziale, kulturelle, weltanschauliche und altersbedingte Grenzen hinweg war. Aus Begegnung ist Verständnis gewachsen, Neugier aufeinander, Respekt füreinander – **das ist gelebte Demokratie**.

Wir danken der Agentur **nexus**, die das Projekt mit ihrer Expertise in Bürgerbeteiligung professionell begleitet hat. Und wir danken dem Friedensreferenten der Stiftung Frauenkirche Dresden, Andreas Dieterich, der den Bürgerrat initiiert und federführend organisiert hat, und unserem Team für alle Unterstützung. Für uns war es ein Experiment mit offenem Ausgang – doch es hat sich schnell gezeigt: Ein so partizipatives Projekt passt zu uns. Die Frauenkirche, im 18. Jahrhundert als Bürgerkirche errichtet, zwischen 1994 und 2005 durch bürgerschaftliches Engagement wiederaufgebaut und heute von einer gemeinnützigen, sich weitgehend selbst finanzierenden Stiftung getragen, ist ein Ort des Friedens und der Versöhnung. Mit dem Bürgerrat können wir diesen Anspruch ganz konkret in unsere Stadtgesellschaft hineintragen.

»Die Bürger von Calais« (Les Bourgeois de Calais)

Ein Projekt dieser Größenordnung wäre für uns als gemeinnützige Stiftung kaum umsetzbar gewesen. Daher danken wir dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt für die finanzielle Förderung, die konstruktiv kritische Begleitung und das entgegengebrachte Vertrauen.

Wir bitten die **Landeshauptstadt Dresden**, die Empfehlungen des Bürgerrates mit Ernsthaftigkeit und Offenheit zu prüfen. Menschen verschiedenster Herkunft, unterschiedlichen Alters, Geschlechts und Bildungsstands haben sich zusammengefunden, um gemeinsam für ein friedlicheres Dresden zu arbeiten. Das ist eine starke, demokratische und optimistische Botschaft – sie sollte nicht ungehört bleiben.

Vielleicht kennen Sie die berühmte Skulpturengruppe »**Die Bürger von Calais**« von Auguste Rodin? Der französische Bildhauer schuf ein demokratisches Monument: Sechs Bürger, die sich im 14. Jahrhundert dem englischen König als Geiseln auslieferten, um ihre Stadt vor dem Hungertod zu retten. Rodin zeigt sie nicht heroisch auf einem Sockel, sondern als verletzliche, mutige Menschen – jeder für sich individuell, und doch eine Gemeinschaft. Barfuß, nur in Hemden gekleidet, verzweifelt und doch entschlossen, stehen sie für bürgerschaftliches Handeln im Sinne des Gemeinwohls.

Die Geschichte unseres Bürgerrats ist nicht mit der Tragweite jener historischen Entscheidung zu vergleichen – und doch: Das aktive Mitgestalten, das Eintreten für die Gemeinschaft, das Anpacken anstelle von Zuschauen oder Meckern – das verbindet sie. In diesem Sinne stehen für uns die überproportionalen, kraftvollen, zupackenden Hände der »Bürger von Calais« auch symbolisch für die Arbeit des Bürgerrats Friedensstadt Dresden.

Herzliche Grüße

Maria Noth & Markus Engelhardt
Geschäftsführende der
Stiftung Frauenkirche Dresden

NEUE IMPULSE FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

Was ist es, das eine lebendige Demokratie auszeichnet? Eine lebendige Demokratie ist kein »Selbstläufer«, sondern ein Prozess – nichts ist in Stein gemeißelt. Dazu gehören Mitreden, Mitmachen, Mitgestalten, also echte Bürgerbeteiligung. Eine lebendige Demokratie braucht auch Reibung, braucht kritische, aber dennoch immer respektvolle Auseinandersetzung.

Genau dies geschieht im neu gegründeten Bürgerrat der Stiftung Frauenkirche Dresden, dem zufällig ausgewählte Dresdnerinnen und Dresdner angehören. In diesem Beteiligungsformat werden konstruktive Lösungen für unterschiedlichste Probleme erarbeitet, die dann veröffentlicht werden und Impulse für Stadtrat und Verwaltung geben. Ich freue mich sehr darüber, dass heute und hier erste Handlungsempfehlungen des Bürgerrates vorliegen. Das Thema lautet »Friedensstadt Dresden«. Es geht dabei um Fragen wie: Auf welche Weise können wir in Dresden friedlich zusammenleben? Was können Stadt und Bevölkerung gemeinsam dafür tun? Was bedeutet Frieden für Dresden heute? Wie kann unsere Stadt ein Vorbild für Dialog und einen fairen Umgang miteinander sein? Und nicht zuletzt: Welche Ideen und Projekte können Dresden als echte »Friedensstadt« etablieren?

Diese Fragen sind gerade im »Gedenkjahr 2025 – Zukunft durch Erinnern« wichtig. 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung sehen wir, dass weltweit Millionen Menschen von Kriegen, Flucht, Vertreibung und Konflikten betroffen sind. Die Frage lautet deshalb auch: Kann Dresden aus seiner früheren und jüngeren Vergangenheit heraus Impulse für eine friedliche Zukunft geben? Auch insofern bin ich auf die Vorschläge des Bürgerrates schon sehr gespannt.

Ich danke allen im Bürgerrat aktiven Dresdnerinnen und Dresdnern sehr herzlich für ihr Engagement in Sachen gelebter, lebendiger Demokratie! Und ich danke der Stiftung Frauenkirche Dresden, dass sie dieses Instrument direkter, lebendiger Demokratie initiiert und mit Leben erfüllt hat.

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Dresden

1. DER BÜRGERRAT

WARUM EINEN BÜRGERRAT FRIEDENSSTADT DRESDEN DURCHFÜHREN?

Mit dem 80. Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 und der Befreiung am 8. Mai 2025 nehmen die Themen Krieg und Frieden in diesem Jahr in der öffentlichen Wahrnehmung in Dresden einen größeren Raum ein. Aus diesem Anlass hat die Stiftung Frauenkirche Dresden einen Bürgerrat zum Thema »Friedensstadt Dresden« ins Leben gerufen. Mit diesem Schritt wollte die Stiftung einen Raum für Dialog, Verständigung und aktive Bürgerbeteiligung schaffen, in dem sich 50 zufällig ausgeloste Dresdner mit folgender übergeordneten Fragestellung beschäftigen:

Wie können wir in Dresden friedlich zusammenleben?
Was können Stadt und Bevölkerung gemeinsam dafür tun?

Bürgerräte sind eine besondere Form der Bürgerbeteiligung: Hier werden per Zufallsauswahl ausgeloste Teilnehmende eingeladen, um zu einer bestimmten Fragestellung zu beraten, unterstützt durch Experten und einem Moderationsteam. Die Ergebnisse der Diskussionen der Teilnehmenden werden als Empfehlungen formuliert und, je nach Verfahren, an die Politik, Verwaltung oder Öffentlichkeit übergeben.

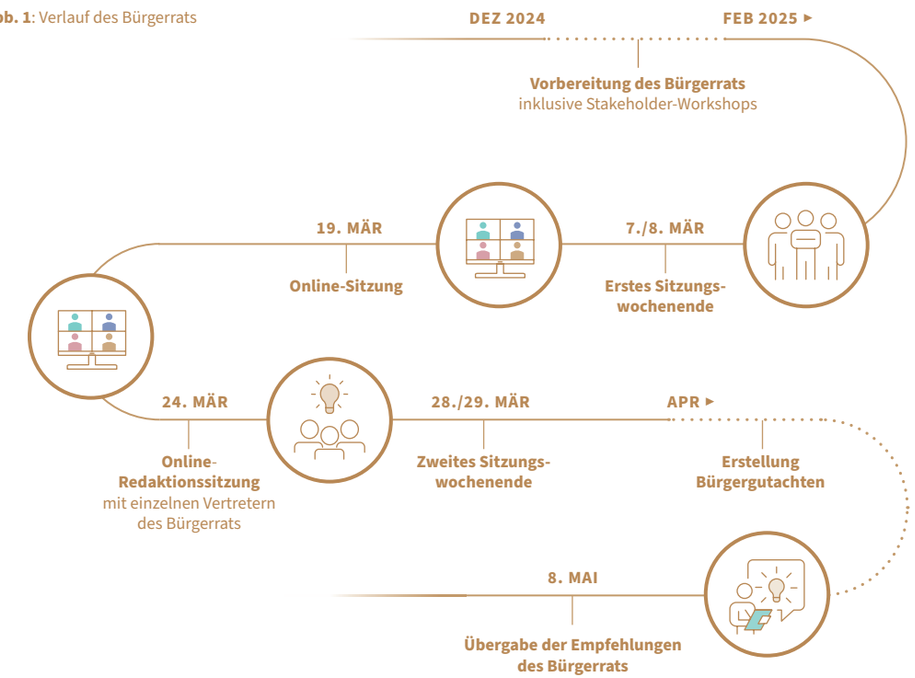
Der Bürgerrat Friedensstadt Dresden wurde an zwei Wochenenden und einer Online-Sitzung im März 2025 durchgeführt. Die Teilnehmenden erhielten Informationen, tauschten Sichtweisen aus, sammelten Lösungsideen und entwickelten schließlich Handlungsempfehlungen. Diese Empfehlungen wurden im vorliegenden Bürgergutachten zusammengestellt und richten sich hauptsächlich an die Landeshauptstadt Dresden, darüber hinaus aber auch an Akteure der Zivilgesellschaft und an die Dresdner Bevölkerung.

Das Bürgergutachten wurde am 8. Mai bei einer feierlichen Übergabeveranstaltung in der Frauenkirche an die Landeshauptstadt Dresden und weitere Adressaten übergeben. Die Empfehlungen werden von der Stadtverwaltung gesichtet, ebenso werden sie im Beirat für Erinnerungskulturen behandelt. Der Beirat berät die Stadt zu Fragen der städtischen Erinnerungskultur und Geschichte und fördert den gesellschaftlichen Dialog zu diesen Themen.

Mit der Durchführung des Bürgerrats wurde das unabhängige **nexus Institut** beauftragt.

Die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerrats bis hin zur Übergabe der Ergebnisse erstreckte sich von Dezember 2024 bis Mai 2025 (siehe Abbildung 1).

Abb. 1: Verlauf des Bürgerrats



VORBEREITUNG DES BÜRGERRATS

Im Vorfeld zum Bürgerrat fanden im Dezember 2024 Workshops zur möglichen inhaltlichen Schwerpunktsetzung statt. Zu diesen Veranstaltungen wurden Organisationen der Dresdner Zivilgesellschaft eingeladen, die Bezug zum Thema der Friedensstadt Dresden haben (sogenannte »Stakeholder«). Über den Austausch mit den vor Ort in Dresden ansässigen Akteuren sollte sichergestellt werden, dass sich der Bürgerrat auf Inhalte mit möglichst hoher Relevanz für die Stadtbevölkerung bezieht. Wir danken den sieben Organisationen, die in der veranstaltungsreichen Vorweihnachtszeit ihre Teilnahme an den Workshops ermöglichen konnten: UNU Flores, Kulturbüro Dresden, Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e. V., Supturen Kirchenbezirk Dresden Mitte und Nord, Ökumenisches Informationszentrum, Denk Mal Fort e. V., Dresdner Geschichtsverein e. V.

Die Ergebnisse der Workshops lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) Das Thema Frieden lässt sich inhaltlich schwer fassen, weshalb den Auseinandersetzungen im Bürgerrat die Erarbeitung eines gemeinsamen Friedensverständnisses vorausgehen muss.

(2) Der Bürgerrat sollte sich auf Themen konzentrieren, die in enger Verbindung mit der alltäglichen Lebenswelt der teilnehmenden Dresdner stehen.

(3) Aktuell befassen sich nur bestimmte Bevölkerungsgruppen mit Fragen des Friedens in der Stadt. Der Bürgerrat bietet die Chance, dies zu ändern und sollte deshalb jedem einen einfachen Zugang zur Thematik ermöglichen.

2. DIE TEILNEHMENDEN DES BÜRGERRATS

ZUFALLSAUSWAHL

Grundlegender Bestandteil von Bürgerräten ist die zufällige Auslosung der Teilnehmenden. Die Mitglieder des Bürgerrats Friedensstadt Dresden wurden in einem zweistufigen Verfahren zufällig ausgewählt. Das Verfahren folgte dem Grundsatz, dass alle Dresdner die gleiche Chance haben sollen, für den Bürgerrat ausgewählt zu werden und teilnehmen zu können. Das übergeordnete Ziel war es, einen Bürgerrat zusammenzustellen, der im weitesten Sinne die Bevölkerung Dresdens in ihrer Vielfältigkeit abbildet. Zu diesem Zweck wurde vorab recherchiert, wie sich die Dresdner Bevölkerung hinsichtlich Alter, Geschlecht, Schulabschluss, Stadtbezirk und Migrationshintergrund zusammensetzt.

Im ersten Schritt wurden aus dem Dresdner Einwohnermelderegister 3.000 Adressdaten von Personen gezogen, die ihren Hauptwohnsitz in Dresden haben und zu Beginn des Bürgerrats 16 Jahre alt sind. Diese Personen erhielten einen Brief mit der Einladung, sich für die Auswahl der Teilnehmenden zu registrieren. Bei der Registrierung wurden zusätzlich zum bereits bekannten Stadtbezirk Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Migrationsgeschichte abgefragt.

Bei Beteiligungsverfahren dieser Art gibt es generell Personengruppen, die interessierter am politischen Dialog sind als andere. Um auch diejenigen zu erreichen, die sich häufig nicht für solche Verfahren interessieren, wurde das ganze Verfahren so niedrigschwellig und barrierefrei wie möglich gestaltet. Bereits im Einladungsschreiben wurde darauf verwiesen, dass keine Vorkenntnisse notwendig sind und die Teilnehmenden bei etwaigen Zugangshürden jederzeit Unterstützung erfragen können: Von Kinderbetreuung über technisches Equipment für die Online-Sitzung bis hin zu Hilfe bei Mobilitätseinschränkungen versuchte das Team, bei allen Bedarfen zu unterstützen. Auch während des Bürgerrats wurden die Teilnehmenden dazu angehalten, sich bei Schwierigkeiten direkt bei der Teilnehmendenbetreuung zu melden.

Zu den generell interessierten Personengruppen gehören zumeist Menschen mit höheren Schulabschlüssen. Um jedoch eine Vielfalt der Teilnehmenden zu erreichen, wurden auf Grundlage der *Kommunalen Bürgerumfrage* drei Stadtbezirke identifiziert, in denen vergleichsweise mehr Menschen mit berufsqualifizierenden Schulabschlüssen (Hauptschule, mittlere Reife) leben: Prohlis, Cotta und Leuben. Dorthin wurden doppelt so viele Einladungen versendet wie in die übrigen Stadtbezirke.

Nach Erhalt der Einladung haben sich 183 Dresdner für das Anmeldeverfahren registriert. Aus diesen 183 Registrierungen wurde im zweiten Schritt des Anmeldeverfahrens der Bürgerrat mit Hilfe eines Zufallsverfahrens und auf Grundlage der statistischen Kennzahlen zusammengesetzt und die Ausgelosten benachrichtigt.

Um Ausfälle unter den Teilnehmenden aufzufangen, die erfahrungsgemäß aufgrund von Krankheit oder beruflichen oder privaten Verpflichtungen kurzfristig auftreten können, wurden 53 Personen zur Teilnahme eingeladen. 50 Personen haben den Bürgerrat begonnen, 49 Dresdner waren am Ende stimmberechtigt, von denen sich 48 Personen an der Abstimmung beteiligt haben.

TEILNEHMENDENSTATISTIK

Insgesamt ist es durch die Zufallsauswahl sehr gut gelungen, dass im Bürgerrat Vertreter aller Geschlechter, Altersgruppen, Stadtbezirke, Bildungsabschlüsse sowie mit und ohne Migrationserfahrung vertreten waren und somit zur Vielfalt der Perspektiven beitrugen. Die endgültige Zusammensetzung des Bürgerrats ist im Folgenden dargestellt.

In den eingefügten Abbildungen bezieht sich die »Ist-Anzahl im Bürgerrat« auf die Personen, die tatsächlich am Bürgerrat teilgenommen haben. Die »Soll-Anzahl laut Bevölkerungsstatistik« bezeichnet, wie die Anzahl an Personen rechnerisch aussehen müsste, wenn die Dresdner Bevölkerungsstatistik auf 50 Teilnehmende heruntergerechnet würde. Nachkommastellen wurden hierbei mathematisch gerundet. Die soziodemografischen Kennzahlen, die als Grundlage für die Berechnung dienten, wurden bei der Kommunalen Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden erfragt.

Unter den 50 Teilnehmenden gab es mit 26 weiblichen Teilnehmerinnen und 23 männlichen Teilnehmern einen etwas höheren Anteil an Frauen. Eine Person identifizierte sich als divers. Auch in der Dresdner Bevölkerung gibt es nur sehr geringfügig mehr Frauen als Männer.

TEILNEHMER NACH GESCHLECHT

Ist-Anzahl im Bürgerrat
Soll-Anzahl laut Bevölkerungsstatistik
Gesamt 50

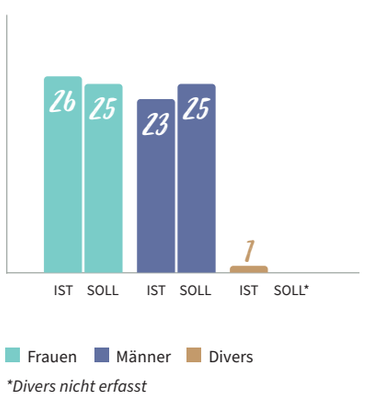


Abb. 2: Teilnehmende nach Geschlecht

ALTERSGRUPPEN

Ist-Anzahl im Bürgerrat
Soll-Anzahl laut Bevölkerungsstatistik
Gesamt 50

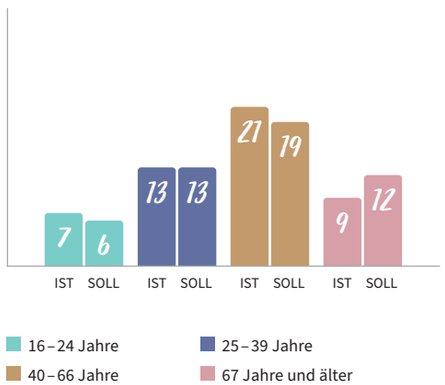


Abb. 3: Teilnehmende nach Altersgruppe

Unter den Teilnehmenden waren alle Altersgruppen vertreten, und zwar in Anlehnung an die statistische Verteilung der Bevölkerung in Dresden nach Altersgruppen. Vor allem die Altersgruppe der 40-66-Jährigen war mit 21 Teilnehmenden etwas stärker besetzt, wohingegen die Teilnehmenden 67 plus mit 9 Personen unterrepräsentiert waren.

Auch bei der Verteilung der Teilnehmenden nach Wohnort ist es im Bürgerrat sehr gut gelungen, Vertreter aus allen Dresdner Stadtbezirken entsprechend der statistischen Verteilung zu gewinnen. Leichte Abweichungen von der statistischen Soll-Verteilung gab es nur für Cotta, Leuben und Pieschen mit jeweils einer Person.

WOHNORT

Ist-Anzahl im Bürgerrat
Soll-Anzahl laut Bevölkerungsstatistik
Gesamt 50

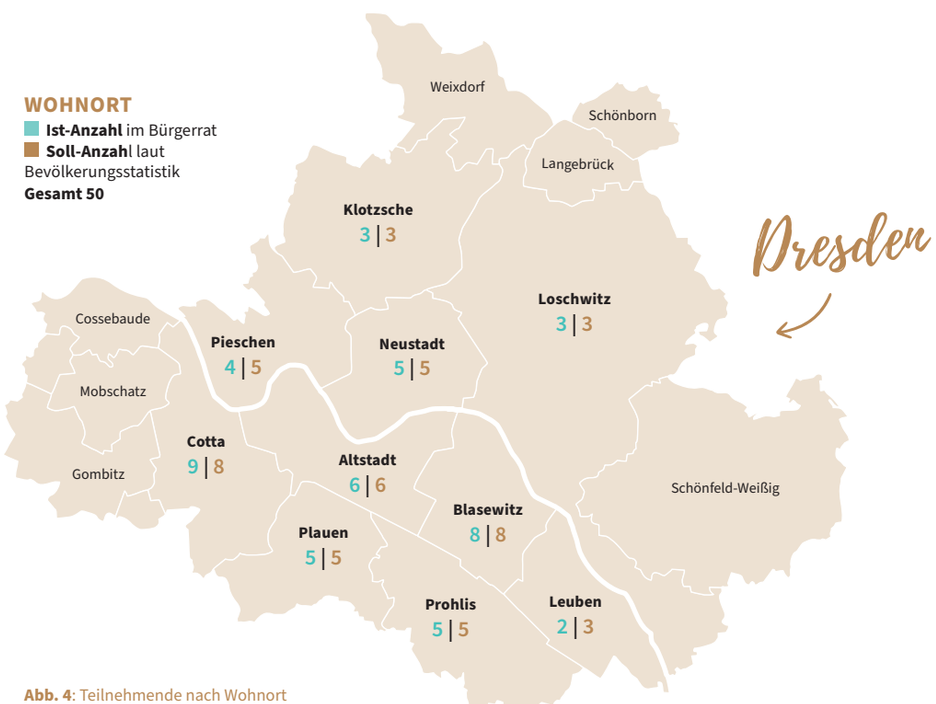


Abb. 4: Teilnehmende nach Wohnort

In Bezug auf den Bildungsabschluss ist es im Bürgerrat gut gelungen, die Verteilung der Schulabschlüsse in Dresden abzubilden. Teilnehmende mit (Fach-)Hochschulabschluss waren mit 34 Personen etwas stärker vertreten als im Bevölkerungsdurchschnitt, was bei Beteiligungsverfahren ein bekanntes Phänomen ist. Dabei waren Teilnehmende mit Mittlerer Reife (12 Personen) oder einem Hauptschulabschluss (3 Personen) etwas weniger vertreten als in der Bevölkerungsstatistik.

BILDUNGSABSCHLUSS

Ist-Anzahl im Bürgerrat
Soll-Anzahl laut Bevölkerungsstatistik
Gesamt 50

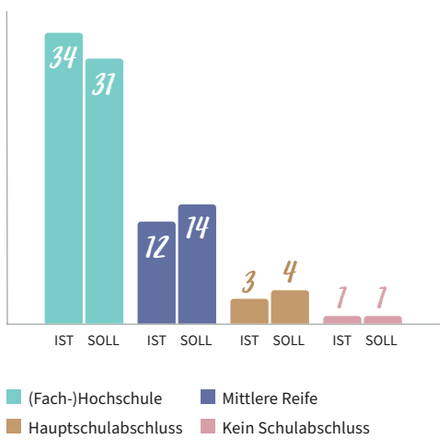


Abb. 5: Teilnehmende nach Bildungsabschluss

Im Bereich Migrationsgeschichte entsprechen die Teilnehmenden im Bürgerrat fast genau dem Dresdner Durchschnitt. Die Abweichung bei Menschen ohne Migrationsgeschichte (41 statt 42 Personen) liegt an der Aufrundung der Nachkommastelle.

MIGRATIONSGESCHICHTE

Ist-Anzahl im Bürgerrat
Soll-Anzahl laut Bevölkerungsstatistik
Gesamt 50

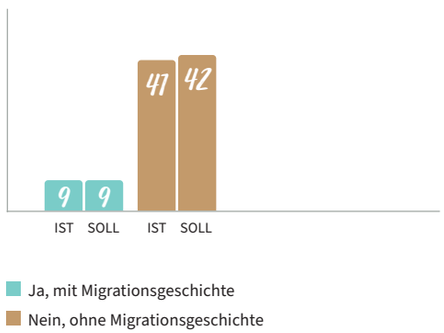


Abb. 6: Teilnehmende nach Migrationsgeschichte

3.
DER ABLAUF DES BÜRGERRATS

ARBEITSWEISE UND MEINUNGSBILDUNG IM BÜRGERRAT

In einem Bürgerrat diskutieren die Teilnehmenden ein bestimmtes Thema entlang einer übergeordneten Fragestellung. Bürgerräte folgen dabei einem Ablaufschema: Zu Beginn erhalten die Teilnehmenden grundlegende Informationen zum Thema des Bürgerrats. Danach tauschen sich die Teilnehmenden über verschiedene Themenaspekte aus und wägen Argumente und Positionen ab. Auf dieser Basis entwickeln und einigen sie sich auf gemeinsame Empfehlungen. Diese grundlegenden Bestandteile werden nachfolgend im Detail beschrieben:

- Grundlegende Informationen und eine gemeinsame Wissensgrundlage werden über die Einbindung von Experten vermittelt. Kurze Vorträge zu unterschiedlichen Themen bilden die Basis für die Diskussion verschiedener Fragestellungen und die Formulierung konkreter Empfehlungen. Dies ist besonders wichtig, da für die Teilnahme am Bürgerrat kein Vorwissen nötig ist und die Zufallsauswahl Personen mit unterschiedlichen (Wissens-)Hintergründen zusammenbringt.
- Die Kernarbeit des Bürgerrats besteht im informierten und sachlichen Austausch von Argumenten zur diskutierten Fragestellung. Es werden verschiedene Sichtweisen und Meinungen so lange gegeneinander abgewogen, bis idealerweise eine Übereinkunft oder doch ein tragfähiger Kompromiss entsteht. Den wichtigsten Rahmen für den Austausch bilden die Kleingruppen: Hier diskutieren die Teilnehmenden die Themen und Fragestellungen des Bürgerrats und finden dabei alle einen Raum, sich aktiv in den Prozess einzubringen und Gehör zu finden. Um gruppendynamischen Prozessen entgegenzuwirken und allen Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, in unterschiedlichen Gruppenkonstellationen zu arbeiten, werden die Kleingruppen besonders zu Beginn des Bürgerrats immer wieder zufällig zusammengestellt.
- Das Ergebnis der Diskussion sind Empfehlungen. Diese werden im Prozessverlauf geprüft, kommentiert und dabei stets weiterentwickelt. Nach abgeschlossener Diskussion stimmen die Teilnehmenden über die Empfehlung ab.

Auch der Bürgerrat Friedensstadt Dresden folgte diesem Ablaufschema mit dem Unterschied, dass im späteren Verlauf die Kleingruppen nicht mehr zufällig zusammengestellt wurden, sondern die Teilnehmenden interessengeleitet angeben konnten, zu welchen Themen sie arbeiten wollen.

Im Bürgerrat Friedensstadt Dresden wurde am ersten Sitzungswochenende in unmoderierten und in den verbleibenden Sitzungen mit moderierten Kleingruppen gearbeitet. In unmoderierten Kleingruppen erleben die Teilnehmenden eine Willens- und Konsensbildung, die sie selbst gestalten und verantworten. In einer Gruppe, die aus Personen besteht, die sich untereinander nicht kennen, ist das für viele eine sehr eindrucksvolle Erfahrung. Während der Online-Sitzung und am zweiten Sitzungswochenende wurden die Kleingruppen durch eine Moderation begleitet. Diese unterstützte die Kleingruppen dabei, den zeitlichen Rahmen sowie die Fragestellung im Blick zu behalten.

Nach jeder Gruppendiskussionsrunde stellten die Teilnehmenden im Plenum ihre erarbeiteten Ergebnisse vor, um sich einander über ihren Arbeitsstand zu informieren. Am letzten Sitzungswochenende wurde im Plenum auch die anschließende redaktionelle Arbeit an den Empfehlungen vorgenommen.

ELEMENTE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER ZUSAMMENARBEIT IM BÜRGERRAT

Eine positive und wertschätzende Debattenkultur während eines Bürgerrats befördert sowohl den Austausch der Teilnehmenden auf Augenhöhe als auch das Gefühl der Zugehörigkeit. In einem Bürgerrat, der das friedliche Miteinander thematisiert, wird gleichzeitig das respektvolle Miteinander der Teilnehmenden bewusst reflektiert.

Beim Bürgerrat Friedensstadt Dresden wurden daher Instrumente eingesetzt, um die Teilnehmenden über Differenzen hinweg im friedlichen und freundlichen Austausch zu unterstützen. Dabei wurde anerkannt, dass Konflikte willkommen sind, da die Diskussion vielfach Emotionen auslöst. Das Streiten sollte allerdings in einem von Sicherheit, Ruhe und Respekt geprägten Rahmen erfolgen. Dieser Rahmen wurde durch die nachfolgend beschriebenen Strukturen gestärkt.

»Friedensübungen« in der Kennenlernphase

Zu Beginn des ersten Bürgerratswochenendes wurden drei Übungen durchgeführt, durch die eine konstruktive, positive Debattenkultur erfahren und ein Perspektivwechsel aktiv gefördert werden sollten.

(1) Bei der Lebendigen Statistik lernten sich die Teilnehmenden besser kennen und stimmten sich auf das Miteinander ein, indem Gemeinsamkeiten erfahrbar gemacht wurden: Die Teilnehmenden wurden zu ihren Vorlieben oder Einstellungen befragt und positionierten sich entsprechend ihrer Antwort im Raum (z.B. nach ihrem Lieblingssnack oder ihrem Grad der Besorgtheit aufgrund der aktuellen politischen Situation).

(2) Eine Übung schlug eine Brücke der Wertschätzung von alteingesessenen Dresdnern zu Zugezogenen, indem sich beide Gruppen im Raum aufstellten und gegenseitig zum Ausdruck brachten, was sie aneinander schätzen.

(3) Die dritte Übung diente dem bewussten Einüben gewaltarmer Sprache, um gegenseitiges Verständnis zu schaffen: Die Teilnehmenden betrachteten einige städtische Konfliktsituationen und übten ein, problematische Äußerungen zu erkennen, dahinter liegenden Bedürfnisse zu verstehen und eine bewusstere Sprache zu wählen.

Gemeinsame Gesprächsregeln

Als Prinzipien einer gemeinsamen Debattenkultur wurden folgende Gesprächsregeln vermittelt:

1. Wir schätzen die Meinung aller Personen.

2. Wir hören einander zu und lassen uns gegenseitig ausreden.

3. Wir fragen nach, wenn wir etwas nicht verstanden haben.

4. Wir achten darauf, dass alle zu Wort kommen können und halten uns kurz.

5. Alle Entscheidungen werden in der Gruppe abgewogen, alle Bedenken werden angehört.

»Beim Bürgerrat Dresden mache ich gerne mit, weil das für mich eine viel grundlegendere Form von Demokratie ist und etwas Neues ist. Und da bin ich neugierig.«

MICHAEL PODSZUN

Kartenset

Zu Beginn des Bürgerrats erhielten alle Teilnehmenden ein Kartenset. Die Karten greifen Impulse aus den Friedensübungen auf und machen sie im Kleinen nutzbar. Das Set umfasst unter anderem verschiedene Aktionskarten, die Lösungsimpulse für festgefahrene Diskussionen bieten oder wenn eine neue Perspektive benötigt wird. Die Aktionskarten enthalten Übungen zum Aufeinander-Zu-Gehen, Verständnis Entwickeln und Emotionalität Kanalisieren. Zum Einsatz konnte das Kartenset in moderierten oder unmoderierten Kleingruppen kommen, in Pausen oder im Plenum, aber auch bei Abstimmungen.

Anwesenheit eines Begleitteams

Neben der Moderation und Teilnehmendenbetreuung war bei den Sitzungen des Bürgerrats auch ein Begleitteam vor Ort. Dessen Aufgabe lag in der Unterstützung der Teilnehmenden in verschiedenen Dimensionen, sei es bei physischen oder mentalen Beschwerden. Dazu zählt die Hilfe bei Belastung, Störungen oder Diskriminierung. Über die Teilnehmendenbetreuung konnten auch im Vorfeld und Nachgang der Sitzungen Anliegen an das Team herangetragen werden.

Friedensampel für den Einsatz in unmoderierten Gesprächssituationen

Schließlich sollten ausgedruckte »Friedensampeln« den Teilnehmenden bei Bedarf Hilfe zur Selbsthilfe leisten, indem sie Handlungsanregungen für die Teilnehmenden bieten. Durch ein einfaches Grün-Gelb-Rot-Ampelsystem konnten die Teilnehmenden Gesprächssituationen und mögliche Handlungsoptionen erkennen: Kam es beispielsweise zu kleineren Regelverstößen, etwa wenn eine sprechende Person immer wieder unterbrochen wird, fanden die Teilnehmenden im grünen Bereich der Ampel Hinweise auf die Gesprächsregeln. Bei festgefahrenen oder hitzigen Situationen verwies die Ampel im orangefarbigen Bereich auf Übungen aus dem Kartenset. Bei grenzüberschreitenden Situationen, etwa bei Beleidigungen, empfahl der rote Bereich der Ampel, Kontakt zum Begleitteam aufzunehmen.

ABLAUF DES BÜRGERRATS UND EINBLICKE IN DIE SITZUNGEN

Der Bürgerrat Friedensstadt Dresden fand an zwei Wochenenden im März statt (7.-8. sowie 28.-29. März 2025), zwischen denen eine Online-Sitzung am 19. März stattfand. Insgesamt befassten sich die Teilnehmenden rund 30 Stunden mit dem friedlichen Zusammenleben in Dresden. In Folge werden die Inhalte des Bürgerrats genauer beschrieben.

Erstes Wochenende

7.–8. März 2025

Der Bürgerrat begann ganz lebenspraktisch: Mit Friedensübungen (siehe oben) stimmten sich die Teilnehmenden auf die gemeinsame Arbeit ein. In der ersten Kleingruppenarbeit tauschten sie sich dann über ihre Vorstellungen von Frieden aus und entwickelten ein gemeinsames Friedensverständnis, das anschließend im Plenum gesammelt wurde. So trug jede Kleingruppe zu einem gemeinsamen Friedensverständnis des Bürgerrats bei, das im weiteren Verlauf des Bürgerrats immer weiter ergänzt und schließlich als Präambel, also als einleitendes Vorwort zu den Empfehlungen, weiterentwickelt wurde.

Am zweiten Sitzungstag wurden grundlegende Informationen vermittelt und eine gemeinsame Wissensgrundlage gebildet. Dies erfolgte über statistische Kennzahlen, die Betrachtung vergangener und aktueller Stadtkonflikte, einen Blick in die Stadtgeschichte und die Auseinandersetzung mit Gründen für die Entstehung von Konflikten.

Im ersten Arbeitsblock des Tages wurde die Ausgangslage Dresdens beschrieben. Im Vortrag »Wer lebt in Dresden?« präsentierte Dr. Holger Oertel, Sachgebietsleiter Bevölkerung und Stadtgebiet der Kommunalen Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden, Statistiken zur Bevölkerung Dresdens. Dazu zählten unter anderem Daten über die Altersstruktur der Stadtbevölkerung, Informationen zu Migrationshintergründen und die Bevölkerungsentwicklung in Dresden. Dieser Einblick sollte eine Vorstellung davon vermitteln, wer an Frieden oder auch Konflikten in der Stadt beteiligt ist. Darüber hinaus berichtete Dr. Oertel über die aktuellen Streitthemen der Stadt und zitierte dafür aus der aktuellen Kommunalen Bürgerumfrage von 2024: Das am häufigsten benannte Problem sei das Thema »Verkehr«, mit größerem Abstand folgen die Themen »Wohnen/Mieten«, »Rechtsextremismus«, »Migration/Flüchtlingspolitik« sowie »Kommunalpolitik« und »Sicherheit«.

Im Vortrag »Worüber streitet Dresden?« stellte Oliver Reinhard, stellvertretender Ressortleiter Feuilleton der Sächsische Zeitung, Konflikte vor, die in den letzten 15 Jahren die öffentlichen Debatten in Dresden prägten. Dazu zählte er Diskussionen wie die zum Wiederaufbau der Frauenkirche, zur Gestaltung der Innenstadt oder die Auseinandersetzung um die historisierende vs. moderne Bauweise am Neumarkt. Als zentrale Dresdner Debatten benannte er zudem Verkehrsplanung, Zuwanderung und Radikalisierung und das Verhältnis Stadt-Natur am Beispiel der Waldschlößchenbrücke.

Im Arbeitsblock am Nachmittag wurden Erfahrungen mit Krieg, Frieden und Konflikten thematisiert, die Dresden bis heute prägen. In einem historischen Abriss legte Dr. Caroline Förster, Geschäftsführerin des Dresdner Geschichtsvereins e.V., zunächst dar, welche Konflikte die Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts prägten. Anhand historischer Zeitabschnitte seit 1933 und zentraler Ereignisse in der Stadt stellte Dr. Förster vorherrschende Konflikte und deren zentrale Akteure dar. Für die Zeit nach 1990 sah sie den Konflikt zwischen Traditionalisten gegen Modernisten im Hinblick auf die Gestaltung des Dresdner Stadtzentrums als prägend an.

Anlässlich des vor Kurzem begangenen 80. Jahrestags der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 blickte Uljana Sieber auf das Gedenken an die Zerstörung Dresdens. Als engagierte Bürgerin, die in anderer Funktion als Geschäftsführung der Gedenkstätte Bautzener Straße e.V. und im Beirat der Erinnerungskulturen tätig ist, beleuchtete sie, wie das Erinnern an dieses Ereignis bisher stattgefunden hat und welche Konflikte darum ausgetragen wurden.

Die Teilnehmenden reflektierten anschließend zu zweit oder zu dritt über die vorgestellten Inhalte und sammelten Ideen zur Frage, wie aus ihrer Sicht in Zukunft mit dem Erinnern an den 13. Februar umgegangen werden sollte. Bei einem Friedensgedanken wurden die Teilnehmenden eingeladen, auf Karten festzuhalten, was sie Menschen, die von Konflikt, Krieg oder Unfrieden betroffen waren oder sind, wünschen. Diese Gedanken wurden im Veranstaltungsraum ausgestellt.

Im letzten Fachvortrag des Tages befasste sich der Bürgerrat mit der Entstehung zwischenmenschlicher Konflikte. Henrike Reuther, Programmleiterin Sprachanimation in der Hamburger Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, zeigte in ihrem Vortrag auf, was zwischenmenschliche Konflikte kennzeichnet, welche Konfliktarten und -dynamiken es gibt und welche Bedürfnisse und Verhaltensmuster in Konflikten auftreten. Sie führte auf, wie Konflikte negativ oder positiv beeinflusst werden können: So trügen Interesse, Empathie und Ruhe zur Entspannung von Konflikten bei, aber auch das Gegenüber ausreden lassen und ihm zuhören. Die abschließende Aufgabe des Sitzungstages bestand darin, die zentralen Stadtkonflikte in Dresden zu erfassen.

Dazu hatte das nexus-Durchführungsteam im Vorfeld des Bürgerrats gemeinsam mit der Stiftung Frauenkirche Dresden und in Gesprächen mit Stakeholdern Konflikte identifiziert, die in Dresden eine Rolle spielen: Situationen des Unfriedens in der Stadt, die von alltäglichen Auseinandersetzungen in der Nachbarschaft bis hin zu tätlichen Übergriffen reichen. Dabei wurden fünf übergreifende Konfliktfelder ausgemacht.

Auf dieser Grundlage diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen, ob die Sammlung die wichtigsten Konfliktthemen abdeckt und ob Situationen ergänzt oder gestrichen werden müssten. Die Ergebnisse der Kleingruppen wurden im Plenum zusammengetragen. Am Ende wurden die folgenden Konfliktfelder bestimmt:

1. Gefährdung des demokratischen Miteinanders
Beispiele für Konfliktsituationen: Ausschreitungen bei Demonstrationen, radikale politische Auseinandersetzungen und fehlende politische Debattenkultur

2. Diskriminierung
Beispiele für Konfliktsituationen: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im öffentlichen Raum, Benachteiligung oder Belästigung von Frauen, zu wenig Barrierefreiheit und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung

3. Unfreundlichkeit und fehlende Rücksichtnahme
Beispiele für Konfliktsituationen: gestörter Zusammenhalt und fehlendes menschliches Miteinander in der Nachbarschaft und in der Stadt, mangelnde Zivilcourage

4. Angst und Unsicherheit im öffentlichen Raum
Beispiele für Konfliktsituationen: Gewalt, Bedrohung und (Drogen-)Kriminalität im öffentlichen Raum, sexuelle Belästigung

5. Gruppen- und Interessenkonflikte
Beispiele für Konfliktsituationen: Konflikte über Ordnung, Sauberkeit oder Behinderungen auf der Straße, Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmern, Konflikt um Carolabrücke, Verdrängung aufgrund hoher Mieten, Auseinandersetzungen um Gedenken an 13. Februar

Der Ablauf des ersten Wochenendes gestaltete sich wie folgt:

FREITAG · 7. MÄRZ 2025	
15:00	Begrüßung (Stiftung Frauenkirche Dresden)
15:15	Einführung in den Prozess und das Vorgehen
15:40	Gegenseitiges Kennenlernen und Übungen in der Gruppe
15:55	Friedensübungen
16:40	Kaffeepause
17:05	**Arbeitsblock 1: Unser Friedensverständnis** Diskussion in Kleingruppen, anschließend: Vorstellung Ergebnisse Kleingruppen im Plenum
19:00	Statements der TN, Feedback, Abschluss und Ausblick
19:20	Ende der Veranstaltung

SAMSTAG · 8. MÄRZ 2025	
10:00	Begrüßung
10:10	**Arbeitsblock 2: Unsere Ausgangslage in Dresden** • Vortrag »Wer lebt in Dresden?« – Dr. Holger Oertel • Vortrag »Worüber streitet Dresden?« – Oliver Reinhard • Diskussion in Kleingruppen, anschließend: Vorstellung Ergebnisse Kleingruppen im Plenum
12:30	Mittagessen
13:30	**Arbeitsblock 3: Erfahrungen mit Krieg, Frieden und Konflikten in Dresden** • Vortrag »Dresdner Stadtgeschichte, Konfliktbeispiele im 20. Jahrhundert« – Dr. Caroline Förster • Vortrag »Der Konflikt um das Gedenken am 13. Februar« – Uljana Sieber • Murmelgruppen und Spaziergang
15:20	Friedensgedanken
15:30	Kaffeepause
16:00	**Arbeitsblock 4: Konfliktentstehung und Bestandsaufnahme von Konflikten in Dresden** • Vortrag »Konflikte – Mehr als nur eine unterschiedliche Meinung« – Henrike Reuther • Übersicht: »Vorstellung gesammelter Situationen des Unfriedens in Dresden« – nexus • Diskussion in Kleingruppen, anschließend: Zusammenführung der Ergebnisse der Kleingruppen im Plenum
18:40	Ausblick und Abschied
19:00	Ende der Veranstaltung

Online-Sitzung

19. März 2025, 17–21 Uhr

In Vorbereitung auf die Online-Sitzung konnten sich die Teilnehmenden dem Konfliktfeld zuordnen, das sie am meisten interessierte.

In der Online-Sitzung lernten die Teilnehmenden Strategien der Konfliktbearbeitung kennen und sammelten erste Ziele und Maßnahmen für Empfehlungen. Dabei wurden sie gebeten, bereits mitzudenken, wer an der Umsetzung der von ihnen entwickelten Empfehlungen und Maßnahmen für ein friedliches Zusammenleben beteiligt sein sollte: Richtet sich die Empfehlung an die Bürger beziehungsweise jeden einzelnen Dresdner (= individuelle Ebene), an Vereine, Stiftungen (= zivilgesellschaftliche Ebene) oder an Stadt und Verwaltung (= städtische Ebene)?

Bereits am ersten Wochenende waren für die individuelle Ebene Strategien aufgezeigt worden, wie eine Bearbeitung von Konflikten denkbar ist. Dafür gab es die Friedensübungen, die Ideen für das Friedensverständnis und den Vortrag zur Entstehung zwischenmenschlicher Konflikte.

In der Online-Sitzung wurden Konfliktbearbeitungsstrategien für die zivilgesellschaftliche und die städtische Ebene ergänzt: Maren Jung, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der John Dewey Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDiDD) der Technischen Universität Dresden, gab einen Einblick darin, wie für zivilgesellschaftliche Organisationen ein konstruktiver Umgang mit Konflikten möglich wird. Hierzu sollten Gelegenheiten geschaffen werden, in denen Menschen mit Andersdenkenden in den Austausch kommen können. Damit dies so niedrigschwellig wie möglich geschieht, solle der Austausch dort stattfinden, wo sich die Menschen sowieso aufhalten, beispielsweise im öffentlichen Raum. Zudem betonte sie, dass bei strittigen Themen ein Bezug zur Lebenswelt oder Personen hergestellt werden müsse.

Phillip Koller von der Aktion Zivilcourage e.V. zeigte in seinem Vortrag zu kommunalen Ansätzen zwei Dimensionen zur Bearbeitung von Konflikten in Städten auf: die Förderung von Dialog und die Schaffung von kommunalen Strukturen zur Konfliktbearbeitung. Dialog kann über die frühzeitige, klare, konkrete und transparente Information von Bürgern gestartet und im Rahmen von Dialogveranstaltungen fortgeführt werden. Wichtig sei hierbei unter anderem, den Rahmen und die Mitwirkungsmöglichkeiten klar zu kommunizieren und aufzuzeigen, wie mit den Ergebnissen des Dialoges verfahren wird. Städte könnten, so Phillip Koller, verschiedene Schritte unternehmen, um Konflikte anzugehen:

- Eine Haltung entwickeln, die Konflikte als normalen Prozess in Demokratien ansieht und Konfliktbearbeitung als Teil der Aufgaben von Stadtpolitik- und Verwaltung versteht.
- Ein kommunales Konfliktmanagement aufbauen, indem Ressourcen für die Konfliktanalyse oder die Fortbildung von Mitarbeitern bereitgestellt werden.
- Strukturen für die übergreifende Zusammenarbeit der Stadtverwaltung schaffen, zum Beispiel über einen kommunalen Präventionsrat oder über Runde Tische.

Mit dieser Wissensgrundlage ausgestattet, bearbeiteten die Teilnehmenden in der anschließenden Kleingruppenarbeit die von ihnen vorab ausgewählten Konfliktfelder. Das 5. Konfliktfeld

(Gruppen- und Interessenkonflikte) umfasste so viele Situationen des Unfriedens, dass diese auf zwei Arbeitsgruppen aufgeteilt wurden.

Im ersten Teil der Kleingruppenarbeit überlegten die Teilnehmenden für ihr Konfliktfeld, welche Maßnahmen helfen, um die jeweiligen Situationen anzugehen und Bewegung in den Konflikt zu bringen. Nach einer Pause und einem kurzen Impuls zu Elementen, die eine Empfehlung enthalten sollte, arbeiteten die Gruppen in ihrem Konfliktfeld weiter. Hier fügten die Gruppen ihre Ideen aus der 1. Runde nach folgendem Muster zusammen:

- Wie könnte ein Titel der Empfehlung lauten?
- Was ist das Ziel?
  Warum braucht es die Empfehlung?
- Welche Maßnahmen sollen konkret unternommen werden?

Die Vorschläge der Gruppen wurden parallel zur Diskussion für alle sichtbar von der Moderation auf einer digitalen Pinnwand festgehalten.

Am Ende der Sitzung lag pro Gruppe eine Sammlung von zwei bis fünf Empfehlungsideen vor, die sich in ihrem Umfang und Grad der Ausarbeitung stark unterschieden. Das lag auch daran, dass sich die Konfliktsituation stark unterschieden, teilweise bereits sehr konkret waren, teilweise sehr breit gefasst.

Der Ablauf der Online-Sitzung gestaltete sich wie folgt:

MITTWOCH · 19. MÄRZ 2025	
17:00	Begrüßung
17:05	**Arbeitsblock 5** **Ebenen der Konfliktbearbeitung** • Vortrag »Welche Strategien zur Konfliktbearbeitung gibt es? Was können zivilgesellschaftliche Organisationen tun?« – Maren Jung • Vortrag »Einführung in kommunale Ansätze der Konfliktbearbeitung« – Phillip Koller
18:05	Pause
18:10	**Arbeitsblock 6** **Entwicklung von Empfehlungsideen** • Diskussion in moderierten Kleingruppen (1): Ideen und Maßnahmen sammeln
19:30	Pause
19:45	• Impuls: »Was macht eine gute Empfehlung aus?« • Diskussion in moderierten Kleingruppen (2): Empfehlungsentwürfe formulieren
20:55	Abschluss und Ausblick
21:00	Ende der Online-Veranstaltung

Zweites Wochenende

28. –29. März 2025

In Vorbereitung auf das letzte Sitzungswochenende wurden die Arbeitsergebnisse der Online-Sitzung vom Durchführungsteam gesichtet und bearbeitet: Die stichwortartigen Ideensammlungen der Gruppen wurden in Fließtext umgewandelt, und in wenigen Fällen wurden einzelne Aspekte umsortiert. Die so entstanden Empfehlungsentwürfe wurden in einem Online-Treffen am 24. März einem Redaktionsteam vorgelegt, das aus jeweils einem Vertreter der Arbeitsgruppen der sechs Konfliktfelder bestand. Hier wurden die Texte auf Vollständigkeit und Sachlichkeit geprüft und weitere Anregungen gegeben.

Das zweite Wochenende startete mit einem Rückblick auf die Arbeit des Redaktionsteams. Danach erfolgte ein neuer inhaltlicher Impuls, mit dem der Bürgerrat über die Dresdner Stadtgrenzen hinaus schaute: In seinem Vortrag beleuchtete Andreas Dieterich, Referent für Friedens- und Versöhnungsarbeit bei der Stiftung Frauenkirche Dresden, in welchen Strukturen die Stadt Dresden bezüglich Friedensarbeit auf nationaler und internationaler Ebene aktiv ist. In der Stadtverwaltung koordiniere die Abteilung »Europäische und Internationale Angelegenheiten« die Pflege von Städtepartnerschaften und Netzwerkarbeit, sei aber auch für Erinnerungskultur zuständig. Zudem spiele aufgrund der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg der Dialog mit ehemals verfeindeten Kriegsgegnern eine zentrale Rolle bei der Versöhnung. Dresden sei darüber hinaus Mitglied im internationalen Netzwerk »Mayors for Peace« und unterstütze den ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons), den Städteappell zum Verbot von Atomwaffen. Zudem engagiere sich die Stadt in der Katastrophenhilfe sowie im Bereich Nachhaltigkeit.

Anhand von Video-Interviews wurden dem Bürgerrat zwei Beispiele für die Friedensarbeit anderer Städte vorgestellt. Zunächst erläuterte John Witcombe, Dekan der Kathedrale von Coventry, wie sich Dresdens Partnerstadt Coventry international für Frieden engagiert. Er bekräftigte den Wunsch, mehr junge Menschen in die Fortführung der Friedensarbeit im Rahmen der bestehenden Städtepartnerschaft einzubinden und den Austausch im Bereich Kunst und Kultur zu intensivieren. Im zweiten Beispiel stellte Christine Grewe, Leiterin des Büros für Friedenskultur der Stadt Osnabrück, dar, wie sich hier das Engagement als Friedensstadt äußert, etwa durch das Friedenszentrum, den Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis oder zahlreiche Bildungsprojekte. Sie teilte Ideen zu Initiativen, bei denen Dresden seine Erfahrungen mit Krieg, Konflikt und Frieden in Zukunft noch einbringen könnte. Coventry und Osnabrück bezeichnen sich mit Blick auf ihre besondere Geschichte als Friedensstädte: Coventry aufgrund der verheerenden Zerstörung durch deutsche Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg, Osnabrück aufgrund seiner Rolle im Westfälischen Frieden, der 1648 hier vereinbart wurde und den Dreißigjährigen Krieg beendete.

In der anschließenden Kleingruppenarbeit befassten sich die Teilnehmenden mit der Frage, was Dresden über seine Stadtgrenzen hinweg als Friedensstadt auf nationaler und internationaler Ebene tun könnte. Im Anschluss präsentierten die Gruppen im Plenum ihre drei wichtigsten Empfehlungen. Das Durchführungsteam erarbeitete aus den Beiträgen der Gruppen bis zum Folgetag einen Empfehlungsentwurf.

Der letzte Sitzungstag des Bürgerrats startete mit einer Poster-Ausstellung: Der aktuelle Stand aller Empfehlungsentwürfe, inklusive Präambel und

Empfehlung zur nationalen und internationalen Friedensarbeit, war auf Postern ausgedruckt, sodass die Teilnehmenden die Ergebnisse aller Arbeitsgruppen sichten und kommentieren konnten. Auf den Ausstellungspinnwänden wurde transparent dargestellt, welche Veränderungen und Weiterentwicklungen an den Empfehlungsentwürfen seit der Online-Sitzung vorgenommen wurden. Auch die Empfehlungen zur nationalen und internationalen Perspektive erhielten ein eigenes Poster. An jeder Pinnwand befand sich eine Moderation, die für Rückfragen zur Verfügung stand und neue Kommentare zu den Postern aufnahm, zum Beispiel Vorschläge zur Ergänzung oder Streichung von Textteilen sowie Fragen.

Die Ausstellung wurde begleitet von vier Fachleuten. Sie unterstützten den Bürgerrat vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit weiteren Hinweisen bei der Finalisierung der Empfehlungen:

- **Qin Hu, Ausländerrat Dresden e. V.**
  Mitglied des Vorstands
- **Kristina Krömer, metro_polis e. V.**
  leitende Projektkoordinatorin
- **Claudia Nowakowski, Paritätischer Wohlfahrtsverband**
  Koordinatorin der Regionalgeschäftsstelle Dresden
- **Dr. Justus H. Ulbricht, Denk Mal Fort e. V.**
  Geschäftsführer / Mitglied des Beirats für Erinnerungskulturen

Die Fachleute nahmen nach der Ausstellung an der anschließenden Podiumsdiskussion teil: Hier gaben sie Einblick in die Zusammenhänge ihrer Arbeit, griffen Ideen des Bürgerrats auf, diskutierten einzelne Empfehlungsentwürfe vertieft und beantworteten Fragen der Teilnehmenden.

Am Nachmittag folgte die redaktionelle Arbeit an den Empfehlungen. Ein letztes Mal kamen die Teilnehmenden in Kleingruppen zusammen, sichteten die Kommentare und Anmerkungen aus der Poster-Ausstellung und der Podiumsdiskussion und entschieden, inwiefern die Kommentare in die bestehenden Empfehlungsentwürfe eingearbeitet werden sollten. Außerdem prüften die Arbeitsgruppen die Formulierungen der Empfehlungen nochmals kritisch und gaben ihnen den letzten Schliff.

Schließlich wurden alle Empfehlungen im Plenum einzeln vorgelesen, hier gab es noch letzte Gelegenheit für Nachfragen, Kommentare oder Verbesserungen. Nach abgeschlossener Diskussion stimmten die Teilnehmenden jede Empfehlung einzeln ab, um das Meinungsbild des Bürgerrats zu allen Empfehlungen abzubilden. Abgestimmt werden konnte mit »Ja« und »Nein«, auch eine Enthaltung war möglich.

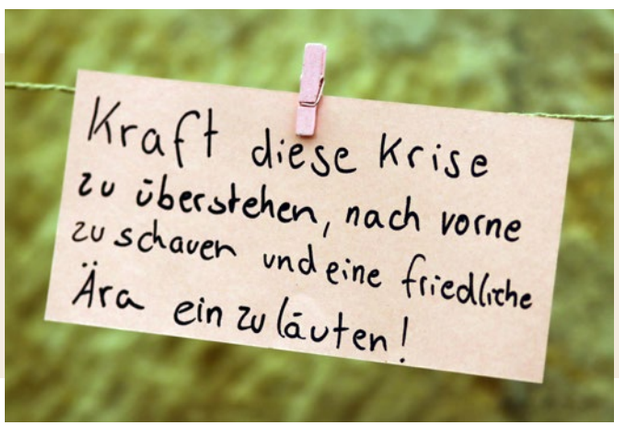
Der Bürgerrat schloss mit einem Ausblick auf die weiteren Schritte im Prozess ab, nämlich die Erstellung des Bürgergutachtens sowie die Übergabe der Empfehlungen an die Stadt und weitere Akteure am 8. Mai 2025. Mit Abschiedsworten vom Projektverantwortlichen Andreas Dieterich und der Geschäftsführerin der Stiftung Frauenkirche Dresden, Maria Noth, endete der Bürgerrat Friedensstadt Dresden.

Der Ablauf des zweiten Wochenendes ist hier ersichtlich:

FREITAG · 28. MÄRZ 2025	
15:00	Begrüßung
15:10	Einblick in die Arbeit des Redaktionsteams mit den Empfehlungsentwürfen
15:35	**Arbeitsblock 7: Internationale und nationale Perspektive** • Vortrag »Aktivitäten der Stadt Dresdens im Bereich Frieden über die lokale Ebene hinweg« – Andreas Dieterich
16:05	**Beispiele für Friedensarbeit anderer Städte** (Videobeiträge) • Video-Interview mit John Witcombe aus Coventry • Video-Interview mit Christine Grewe aus Osnabrück
16:25	Kaffeepause
16:55	Diskussion in Kleingruppen, anschließend: Vorstellung Ergebnisse Kleingruppen im Plenum
18:40	Feedback, Abschluss und Ausblick
19:00	Ende der Veranstaltung

SAMSTAG, 29. MÄRZ 2025	
10:00	Begrüßung
10:10	**Poster-Ausstellung der Empfehlungen**
11:20	**Podiumsdiskussion mit Fachleuten**
12:15	Mittagessen und anschließendes Gruppenfoto
13:30	**Überarbeitung der Empfehlungen** in moderierten Kleingruppen
15:15	Kaffeepause
15:45	**Finalisierung und Abstimmung der Empfehlungen** im Plenum dazwischen Trink- und Bewegungspausen
18:30	Rückmeldung, Abschluss und Ausblick
19:00	Ende der Veranstaltung

4.
DIE ERGEBNISSE DES BÜRGERRATS



Im Folgenden sind die Empfehlungen des Bürgerrats Friedensstadt Dresden dokumentiert. Sie wurden von den Teilnehmenden erarbeitet und am letzten Veranstaltungstag abgestimmt. Ein Redaktionsteam aus freiwilligen Mitgliedern des Bürgerrats und des nexus Instituts hat mit Zustimmung aller Teilnehmenden minimale redaktionelle Änderungen vorgenommen, vor allem hinsichtlich Grammatik, Interpunktion und Satzbau. Die Inhalte wurden nicht verändert.

Das Abstimmungsergebnis neben jeder Empfehlung inklusive Präambel und Schlusswort zeigt die Zustimmung der Bürgerräte zur jeweiligen Empfehlung an. Alle Empfehlungen gingen in das vorliegende Bürgergutachten ein, ungeachtet des Abstimmungsergebnisses.

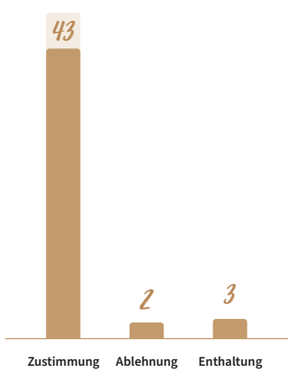
Am letzten Veranstaltungstag waren 42 Teilnehmende vor Ort und somit direkt stimmberechtigt. Die anderen acht Teilnehmenden waren verhindert, ihnen wurde eine nachträgliche schriftliche Abstimmung angeboten. Diese Option nahmen 6 Personen wahr, sodass insgesamt 48 Personen die Empfehlungen abgestimmt haben.

DIE EMPFEHLUNGEN DES BÜRGERRATS FRIEDENSSTADT DRESDEN

Präambel

Die folgenden Empfehlungen dienen als Vorlagen für konkrete Konzepte, die im Rahmen des Bürgerrates Friedensstadt nicht im Detail ausgearbeitet werden konnten.

Die Umsetzung der Empfehlungen obliegt den zuständigen Experten.



In Würdigung des 80 Jahre währenden Friedens in Deutschland streben wir für die nächsten Jahrzehnte ein friedvolles Zusammenleben in Dresden an.

Uns Menschen vereint der Wille zum Frieden, er kennt keine Grenzen. Wir blicken in Sorge auf die Gefahren für die Demokratie, deshalb setzen wir uns für ein friedliches Dresden ein.

Als Bürgerrat verständigen wir uns auf folgende Werte:

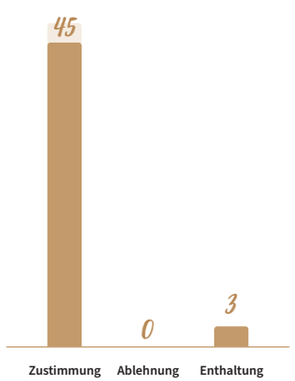
- Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg und die alleinige Erfüllung der Grundbedürfnisse, sondern so vieles mehr.
- Frieden bedeutet für uns, ein gerechtes, sicheres und würdevolles Leben führen zu können.
- Es bedeutet respektvolle und wertschätzende Kommunikation in der Gemeinschaft. Dazu brauchen wir Mut, um Vielfalt und Kompromisse leben zu können.
- Wir begegnen uns in Empathie, um miteinander rücksichtsvoll, wertschätzend und gewaltfrei umzugehen.
- Wir leben gegenseitige Akzeptanz und Toleranz, auch um Vertrauen in der Gesellschaft zu festigen.

So wie die Prager Straße ein Sinnbild für den demokratischen Wandel ist, soll unsere Arbeit im Bürgerrat Ausdruck des Friedenswillens der Dresdner Bürger sein.

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen des Bürgerrats Friedensstadt erhoffen wir uns, zu mehr gelebtem Frieden in der Welt beizutragen.

1.

EMPFEHLUNGEN AUS DEM KONFLIKTFELD »GEFÄHRDUNG DES DEMOKRATISCHEN MITEINANDERS«

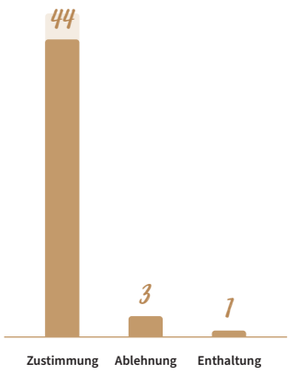


1.1 Gesicht zeigen für friedliche Demonstrationen

Wir dürfen das Demonstrieren nicht undemokratischen und gewalttätigen Personen überlassen, sondern wollen Demonstrationen aktiv positiv gestalten.

Dafür empfehlen wir,

- dass zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für ein gutes politisches Miteinander einsetzen, einen Verhaltenskodex für Demonstrationen entwickeln und diesen »Demonstrationsknigge« verbreiten.
- das demokratische Rahmenprogramm bei Demonstrationen so zu gestalten, dass es die Atmosphäre der Veranstaltung positiv beeinflusst. Durch Angebote, sich mit anderen Ausdrucksformen an Demonstrationen zu beteiligen, könnten mehr Menschen und ein vielfältigeres Publikum teilnehmen.
- zivilgesellschaftlichen Organisationen und engagierten Einzelpersonen Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sie sich vernetzen und ihr friedliches Engagement gegen demokratiefeindliche Gruppierungen organisieren können.
- Demonstrationen so zu gestalten, dass sie positive Gefühle und Bilder erzeugen, um eine freundliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung zu fördern. Dies kann zum Beispiel mit einem Demokratiefest umgesetzt werden.
- ergänzende digitale Räume für Demonstrationen anzubieten: Während laufender Demonstrationen könnten digitale Mitdemonstranten im Stadtbild sichtbar gemacht werden, zum Beispiel durch Projektionen an Gebäuden. Auch rein digitale Demonstrationen sind denkbar.
- einen Ansteck-Button der Friedensstadt Dresden zu entwickeln, mit dem Menschen ihr Engagement für ein friedliches Dresden – sowohl auf Demonstrationen als auch darüber hinauszeigen können.

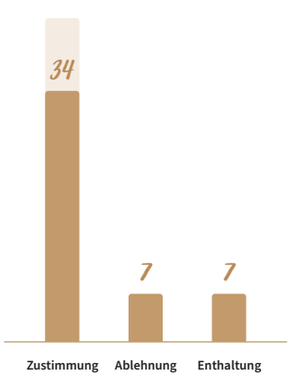


1.2 Sicher demonstrieren

Es muss allen Dresdnern möglich sein, ohne Angst vor Übergriffen und ohne Vorbehalte an Demonstrationen teilzunehmen.

Um Demonstranten vor Gewalt zu schützen, empfehlen wir,

- die Veranstalter von Demonstrationen zu verpflichten, eine hohe Präsenz von Sicherheitskräften (und gegebenenfalls die Anwesenheit eines Begleitteam) zu gewährleisten.
- das schnelle Eingreifen der Polizei bei Übergriffen und Gewaltandrohung sicherzustellen. Allerdings soll die Polizei nicht selbst zum Unsicherheitsfaktor werden. Die Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Maßnahmen, zum Beispiel der Einsatz von Wasserwerfern, ist zu prüfen.
- dass die Polizei auch stichprobenartige Kontrollen unter Demonstrierenden durchführt, um Waffen oder gefährliche Gegenstände zu sichern und somit Übergriffen vorzubeugen. Auch eine öffentlich angekündigte Überwachung in Form von Videoaufnahmen von Demonstrationen halten wir für geeignet, um Übergriffe zu verhindern und das Sicherheitsgefühl zu erhöhen.



1.3 Gewalt gegen politisch engagierte Personen entgegenwirken

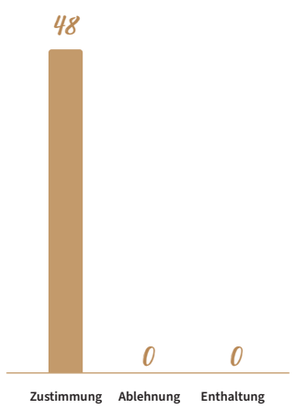
Jegliche Form von Gewalt gegen politisch engagierte Personen und ihre Angehörigen ist eine Gefahr für die Demokratie. Falls es nicht gelingt, diese Gewalt einzudämmen, wird die Zahl der politisch Engagierten weiter zurückgehen. Übergriffe dürfen nicht zur Normalität werden. Dem muss aktiv und öffentlich entgegengewirkt werden. Es muss klar aufgezeigt werden, wo Grenzen überschritten werden. Die Information der Öffentlichkeit über die Konsequenzen solcher Straftaten kann zudem eine abschreckende Wirkung haben und weiteren Übergriffen vorbeugen.

Unsere Empfehlungen lauten:

- Wir möchten die Mitbürger dazu anregen, Gewalt gegen politisch engagierte Personen nicht unkommentiert stehen zu lassen und sich als Akt der Zivilcourage in der Öffentlichkeit klar dagegen zu positionieren. Das soll aufgrund der Gefährdung nicht durch eigenes Eingreifen geschehen! Es kann über die Erstattung von Anzeigen, Leserbriefe, Demonstrationen oder Social-Media-Beiträge passieren.
- Zudem empfehlen wir die Schaffung einer niedrigschwelligen, unabhängigen, öffentlichen Plattform zivilgesellschaftlicher Ein-

richtungen, über die beobachtete Übergriffe gemeldet werden können. Hier könnten beispielsweise Beweismaterial wie Fotos oder Handyvideos nicht-öffentlich einsehbar hochgeladen werden.

- Medien sollten durch die Art und Weise ihrer allgemeinen Berichterstattung nicht die politische Stimmung negativ anheizen und somit zur Entstehung von Gewalt beitragen. Darüber hinaus sollten öffentliche und private Medien angemessen zur Gewalt gegen politisch engagierte Personen berichten.



1.4 Demokratische Debattenkultur fördern

Eine demokratiefördernde Debattenkultur muss stets aufs Neue erarbeitet werden. Wir wollen diese fördern, indem wir Vorbilder sind und Vorbilder schaffen im politischen Raum. Dabei wollen wir den demokratischen Austausch und das demokratische Miteinander fördern.

Um das umzusetzen, empfehlen wir:

- Dresden soll Räume für Debatten erhalten und neue schaffen, in denen Menschen die Möglichkeiten haben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Als Anregung dafür empfehlen wir das Demokratieprojekt metro_polis, das aufsuchende Demokratiearbeit in Straßenbahnen durchführt.
- Alle Vereine und Einrichtungen sollten das Einüben von Debattenkultur aktiv fördern, für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Dafür sollten mehr Workshops und Trainings für gutes und gewaltfreies Diskutieren angeboten werden. Hierzu könnten die Stadtteilbibliotheken und Begegnungsstätten genutzt werden.
- Auch könnte die Stadt Dresden das Programm »Jugend debattiert« auf andere Altersgruppen ausweiten und für Dresden anpassen: »Dresden debattiert«.
- Ebenso sollten bestehende Verhaltenskodizes für das demokratische Debattieren aktiv verbreitet werden.

»Ich treffe hier Menschen, die ich sonst nie treffen würde und diese Gelegenheiten zu schaffen, mit ganz unterschiedlichen Menschen zu sprechen und diese Stadt zu gestalten, das finde ich sehr beeindruckend. Und das hätte ich gerne viel mehr.«

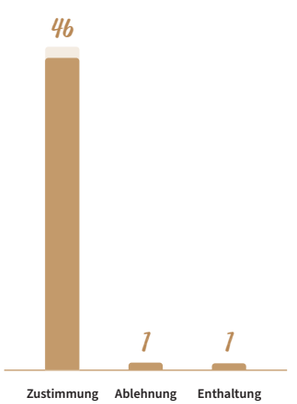
CLAUDIA ALTHAUS

»Für meine Stadt wünsche ich mir, dass wir ein besseres Miteinander leben können. Dass wir offener werden und wir die Zeit miteinander besser genießen können. Und dass wir uns gegenseitig nicht immer so doofe Sachen an den Kopf werfen.«

ANNA-MARIA KRAUSE

2.

EMPFEHLUNGEN AUS DEM KONFLIKTFELD »DISKRIMINIERUNG«

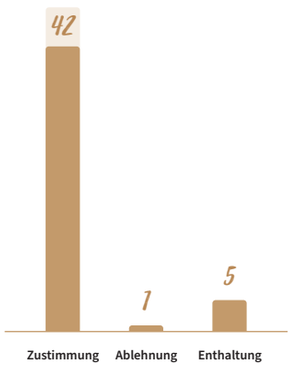


2.1 Anlässe für kulturellen Austausch schaffen

Dresden braucht mehr Räume für die Begegnung zwischen unterschiedlichen Gruppen. Damit die Integration verschiedener Kulturen gelingen kann, müssen Barrieren abgebaut und die Entstehung von Freundschaften gefördert werden. Dresden muss weitere Signale für eine offene Stadt und gegenseitige Akzeptanz setzen. Damit soll Dresden attraktiver werden für alle Dresdner und die, die nach Dresden zuziehen wollen.

Dafür empfehlen wir,

- in Berührung zu treten mit anderen Kulturen, beispielsweise durch Sport oder Musik, oder auch auf Spielplätzen. Dies richtet sich an die Landeshauptstadt Dresden, an die vielfältigen Organisationen in der Stadt, an Schulen, Kitas, Religionsgemeinschaften und alle Einzelpersonen.
- ein Konzept für städtische oder von Vereinen organisierte Abendessen zu erarbeiten, bei denen sich interessierte Familien und Einzelpersonen mit und ohne Migrationshintergrund im kleinen Kreis nach dem Zufallsprinzip kennenlernen und gegenseitig zum Abendessen einladen. So sollen sich die Kulturen annähern und mehr Verständnis aufgebaut werden.
- dass Unternehmen entsprechende Workshops durchführen, da sie Diversität und Chancengleichheit befördern können.
- den Austausch durch Stadtteil- und Kulturfeste für Familien, Jugendliche und Alleinlebende anzuregen. Dabei können vor allem diverse kulinarische Angebote das Interesse an anderen Kulturen fördern und gemeinsame Aktivitäten verbinden.

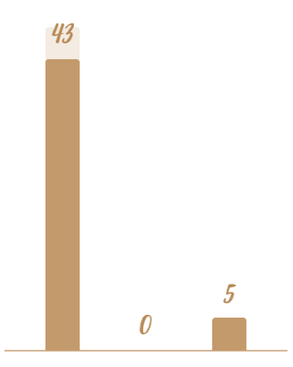


2.2 Geschlechtergerechtigkeit stärken

Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Benachteiligung von Frauen zu überwinden. Dafür muss ein Bewusstsein geschaffen werden, wann und warum Frauen gesellschaftlich benachteiligt werden oder wo ein finanzieller Ausgleich für Sorgearbeit notwendig ist.

Daher empfehlen wir,

- als Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Thematik in Dresden Strukturen zu stärken, die Unterstützung für Selbstverantwortung und Selbstbestimmung leisten (Empowerment). Dies kann zum Beispiel in Form von Workshops zur erfolgreichen Interessenvertretung für Frauen selbst (Gehaltsverhandlungen, Selbstbewusstsein) und für Vereine und Netzwerke geschehen. Für ebenso sinnvoll halten wir originelle Sensibilisierungs- bzw. Kommunikationskampagnen.
- das Väternetzwerk zu fördern und zu stärken.
- Initiativen zu stärken, die Frauen im MINT-Bereich (=Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fördern, zum Beispiel durch Programme wie das FEMTEC-Stipendium.
- zur Überwindung von Benachteiligung von Frauen die Schaffung von mehr erschwinglicher Kinderbetreuung, insbesondere Ganztagsbetreuung, wodurch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird.
- einen interkulturellen Dialog zur Geschlechtergerechtigkeit.

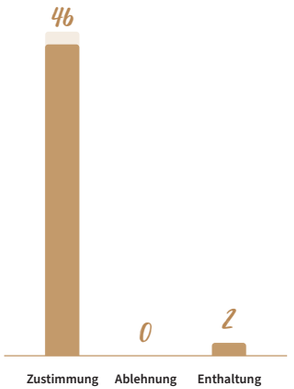


2.3 Mehr Teilhabe ermöglichen für Menschen mit Behinderung

Zum friedlichen Miteinander in der Stadtgesellschaft gehört auch, dass die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen in Schule, Beruf und Alltag abgebaut wird und ihnen die gesellschaftliche Teilhabe erleichtert wird.

Um dies zu erreichen,

- soll die Arbeit des Behindertenbeirats öffentlich bekannter und wirksamer gemacht werden.
- empfehlen wir der Landeshauptstadt Dresden, Menschen mit Einschränkungen mehr an Entscheidungen im Stadtrat einzubinden.
- empfehlen wir, Kontakte und die Entstehung von Freundschaften zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern. Dafür sollen bestehende Begegnungsräume – etwa in Einrichtungen der Behindertenhilfe, bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO), in Werkstätten für behinderte Menschen oder bei der Lebenshilfe – genutzt und durch neu geschaffene Orte ergänzt werden.

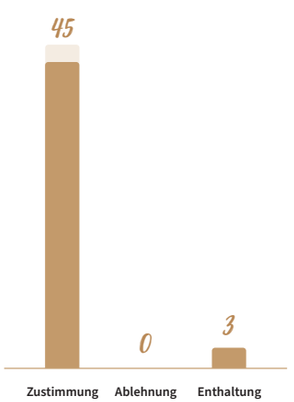


2.4 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum verbessern

Damit Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind (beispielsweise Menschen mit Behinderung, ältere Personen, Mobilitätseingeschränkte oder Eltern mit Kinderwagen) am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, müssen Einschränkungen und Barrieren in ihrer Bewegungsfreiheit in der Stadt abgebaut werden. Ziel ist es daher, die Barrierefreiheit im Dresdner ÖPNV zu verbessern und Orte in der Stadt erreichbarer zu machen.

Dafür empfehlen wir,

- eine inklusive Planung von Anfang an und unter Einbeziehung der Betroffenen bei der Planung barrierefreier Zugänge.
- der Landeshauptstadt Dresden, barrierefreie Zugänge zu Gebäuden und zum ÖPNV systematisch auszubauen. Dabei ist es wichtig, dass diese Zugänge grundsätzlich ohne lange Umwege erreichbar und gut ausgeschildert sind.
- eine Sensibilisierungskampagne, um auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen und damit mehr Rücksichtnahme zu erreichen. Eine solche Kampagne kann durch Plakate und Flyer im öffentlichen Raum umgesetzt werden.



2.5 Beratung von Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen, Aufklärung zu ihren Bedarfen und Unterstützungsmöglichkeiten

Für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben ist es wichtig, ihre Entwicklungschancen und Integration bestmöglich zu unterstützen. Viele Betroffene kennen nicht alle Unterstützungsangebote, oder wissen nicht, welche Zuständigkeiten bei der Stadt liegen.

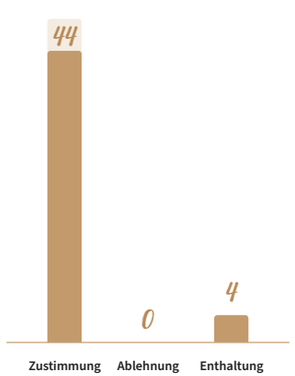
Daher empfehlen wir

- der Landeshauptstadt Dresden, zusätzliche Fördermittel für die Beratung von Menschen mit Behinderung zur Verfügung zu stellen.
- mehr Personal bei Bildungsträgern und anderen Vereinen sicherzustellen, das Menschen ohne Behinderung sensibilisieren und darüber aufklären kann, was als Einschränkung oder Behinderung gilt, welche Bedarfe bei betroffenen Personen und ihren Angehörigen bestehen oder welche Hilfsangebote sie brauchen.
- eine Sensibilisierungskampagne durchzuführen, die über die verschiedenen Formen und den möglichen Umgang mit Be-

hinderungen aufklärt, zum Beispiel in Kindergärten, Schulen, Arztpraxen oder Arbeitsämtern. Dies kann als automatische Beratung für Familien mit behinderten Kindern bereits kurz nach der Geburt gestaltet werden oder durch präventive Besuche und Beratungsangebote in Kitas und Schulen, etwa mittels Flyer oder im Rahmen von Schulveranstaltungen wie Einschulungen.

3.

EMPFEHLUNGEN AUS DEM KONFLIKTFELD »UNFREUNDLICHKEIT UND FEHLENDE RÜCKSICHTNAHME«

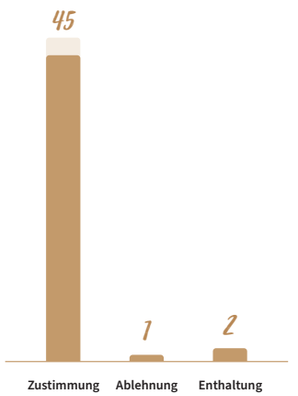


3.1 Für mehr Hilfsbereitschaft sensibilisieren

Um das gesellschaftliche Miteinander und die Gemeinschaft zu fördern und Hilfsbereitschaft zu stärken, brauchen wir eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedürfnisse einsamer, älterer oder hilfsbedürftiger Personen.

Unsere Empfehlungen lauten:

- Die Sensibilisierung zur Förderung der Hilfsbereitschaft sollte in Form von städtischen Kampagnen stattfinden, sowohl im öffentlichen Raum, beispielsweise an Bussen, als auch auf Social-Media-Kanälen. Durch Humor und Kreativität soll ein breites, auch jüngeres Publikum angesprochen werden.
- Als praktische und alltagsnahe Maßnahme könnten im Einzelhandel Warenkörbe angeboten werden, die durch eine besondere Kennzeichnung signalisieren, dass die Kundin bzw. der Kunde, der mit diesem Korb einkauft, sich über Hilfe freut.
- Auch Kindergärten, Schulen und Vereine sollten zur Sensibilisierung beitragen.
- Gleichzeitig appellieren wir an die Eltern sowie an alle Menschen in der Gesellschaft, der jüngeren Generation Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme vorzuleben und damit ein gutes Beispiel zugeben.

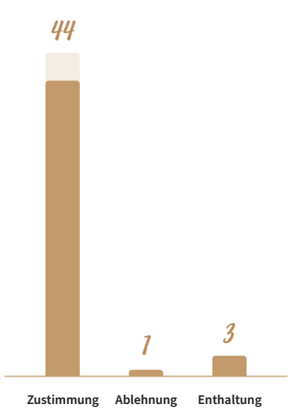


3.2 Zivilcourage fördern

Das friedliche Miteinander in der Gesellschaft braucht Zivilcourage. Um die Bereitschaft dazu zu stärken, müssen Handlungsmöglichkeiten bewusst gemacht werden.

Damit dies gelingt, empfehlen wir,

- bestehende Angebote zur Förderung von Zivilcourage stärker sichtbar zu machen.
- Kurse und Seminare für alle Altersstufen – von Kindergartenkindern bis hin zu Senioren – zu fördern. Ziel ist es, Verhaltensweisen in Konfliktsituationen, Deeskalationstechniken und angewandte Zivilcourage zu vermitteln und Handlungsmöglichkeiten einzuüben. Beispiele hierfür sind »Nicht wegschauen«, »andere Personen hinzurufen« oder »Polizei rufen«.
- auf Plakaten im öffentlichen Raum zu Zivilcourage aufzurufen, um Menschen niedrigschwellig zu erreichen, zum Beispiel an Bushaltestellen.
- eine stärkere Aufklärung darüber, dass Videomaterial aus öffentlicher Überwachung 24 Stunden gespeichert wird und Straftaten und Übergriffe innerhalb dieses Zeitfensters auch nach der Tat angezeigt werden können.



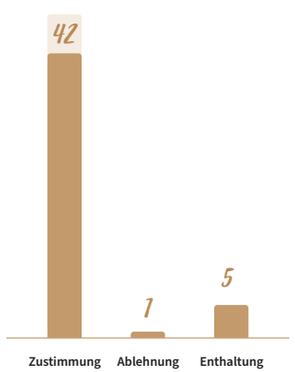
3.3 Brücken bauen für das Wir-Gefühl

Unser Ziel für Dresden ist es, positive Nachbarschaftsgefühle zu stärken und Menschen miteinander in Kontakt zu bringen. Wir wollen das Dresdner »Wir-Gefühl« stärken.
Nachbarschaft findet auf vielen Ebenen statt: in Stadtteilen, Hausgemeinschaften und Straßenzügen. Um den Zusammenhalt zu stärken, empfehlen wir:

- »Brückenbauer« zwischen den Menschen zu fördern. Das sind Zuständige und Ansprechpartner für Stadtteilarbeit, zum Beispiel Sozialarbeiter, Stadtteilmanager, Ansprechpartner in Wohngenossenschaften. Diese versorgen ihre Nachbarschaft vor Ort mit Informationen, etwa über Infotafeln. Diese Tafeln sollten sowohl über die Ansprechpartner selbst als auch über nachbarschaftliche Aktivitäten informieren, beispielsweise über Grill- und Spieleabende oder Veranstaltungen zum gemeinsamen Kennenlernen.
- auch digitale Möglichkeiten zur Vernetzung in der Nachbarschaft zu nutzen und stärker sichtbar zu machen, zum Beispiel Plattformen wie nebenan.de, die Rubrik »Nachbarschaft« auf der städtischen Website oder gegebenenfalls eine neu entwickelte App für die Stadtteile.

4.

EMPFEHLUNGEN AUS DEM KONFLIKTFELD »GEWALT UND BEDROHUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM«

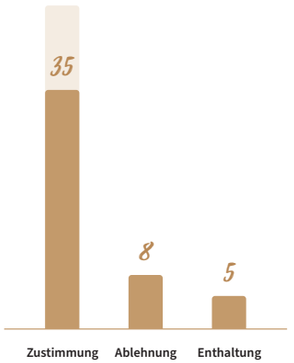


4.1 Vorbeugung von Konflikten im öffentlichen Raum

In der Friedensstadt Dresden brauchen wir vorbeugende Maßnahmen, um Gewalt, Bedrohung und Kriminalität im öffentlichen Raum einzudämmen. Wir streben dabei an, dass Konflikten in der Öffentlichkeit vorgebeugt wird in Form von Deeskalationsmaßnahmen und einer Unterstützung der Polizeiarbeit.

Zur Umsetzung dieses Ziels empfehlen wir

- dem Straßenbauamt die Umsetzung einer besseren Straßenbeleuchtung unter Berücksichtigung der Lichtverschmutzung.
- der Stadtverwaltung, eine bessere Videoüberwachung auf ausgewählten öffentlichen Plätzen und im ÖPNV einzuführen und auszubauen, in dem Bewusstsein, dass Videoüberwachung, aber auch Videokamera-Attrappen, Gewalttäter abschrecken.
- den Einsatz von Streitschlichtern der Sächsischen Sicherheitswacht: Dies ist eine ehrenamtliche Initiative, die von der städtischen Polizeibehörde koordiniert wird. Die Streitschlichter kommen an gewaltbedrohten Orten zum Einsatz und sollen dort Konflikte unbewaffnet deeskalieren. Wir empfehlen, dies zusammen im Team mit sozialpädagogisch geschulten Streetworkern zu tun. Bestehen sollen die Streitschlichter aus pensionierten Polizeibeamten oder speziell in Deeskalationsmethoden ausgebildeten engagierten Bürgern.
- als langfristige städtebauliche Maßnahme, eine bessere soziale Durchmischung in der Stadt anzustreben, zum Beispiel durch zusätzliche öffentliche Angebote wie Schwimmbäder oder Kinos auch in benachteiligten Stadtvierteln. Hierdurch werden Begegnungsräume geschaffen, die Gewalt und Bedrohungssituationen in Brennpunkt-Vierteln verringern können.
- öffentliche Plätze aktiv zu beleben, indem Treffpunkte zum Beispiel für Kinder, Jugendliche und Familien geschaffen werden. Dies kann öffentliche Plätze für Kriminelle unattraktiv machen.



4.2 Sicherheit schaffen für eine angstfreie Stadt

Für die Friedensstadt Dresden wünschen wir uns eine angstfreie Stadt, in der Sicherheit im öffentlichen Raum herrscht und das persönliche Sicherheitsgefühl sehr hoch ist. Niemand soll Angst haben, abends allein unterwegs zu sein.
Um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen, empfehlen wir eine Reihe von Maßnahmen, die entweder als feste bauliche Installationen wirksam werden oder als Dienstleistung der Stadt. Insgesamt sollen hierbei Maßnahmen vorgesehen werden, die den Missbrauch der Installationen erschweren.

Als feste Installationen empfehlen wir der Stadt,

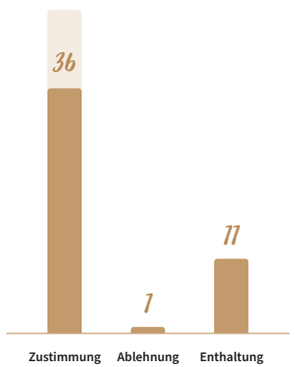
- öffentliche Notrufsysteme zu installieren, die Menschen in Not einen Ansprechpartner bieten.
- öffentliche Buzzer zu installieren, ähnlich wie Feuermelder, die ein Störgeräusch ausstoßen. Sie können übergriffige Menschen abschrecken.
- Kennzeichnungen und Wegeleitungen zu sicheren Orten in der Stadt anzubringen, die Menschen in Bedrohungssituationen aufsuchen können.
- eindeutig gekennzeichnete Schutzräume einzurichten. Dafür können bereits bestehende Räume wie Kirchen, Geschäfte, Gaststätten, Bars oder Clubs genutzt werden. Darüber hinaus sollen auch von innen verschließbare Kabinen mit Notruftelefonen und Ladestationen auf öffentlichen Plätzen eingeführt werden. Hier können auch Awareness-Teams zum Einsatz kommen, also speziell ausgebildete Personen, die aktiv gegen diskriminierendes Verhalten vorgehen und betroffenen Menschen, wenn nötig, Unterstützung bieten.

Als Dienstleistungen der Stadt empfehlen wir

- die Begleitung durch ehrenamtliche Initiativen und die breitere Information über bestehende Hilfssysteme. So kann beispielsweise über das Heimwegtelefon ein Sicherheitsgefühl geschaffen und akuten Gefahrensituationen begegnet werden: Beim Heimwegtelefon können Menschen beispielsweise nachts auf dem Heimweg mit speziell geschulten Ehrenamtlichen am Telefon sprechen, bis sie zu Hause angekommen sind. Um die Telefonnummer des Heimwegtelefons bekannt zu machen, sollen bestehende Werbe- und Infoflächen im öffentlichen Raum und im ÖPNV genutzt werden.

- ehrenamtliche Initiativen zu stärken, die Menschen abends bis nach Hause bringen und somit einen sicheren Heimweg ermöglichen.
- einen vorbestellbaren Taxidienst oder ein Frauentaxi.
- eine bessere Bewerbung von Selbstverteidigungskursen für alle, aber auch explizit Frauen.

Die hier genannten Maßnahmen können durch Stadt, Gewerbe (Clubs/Bars/Geschäfte), Ehrenamtliche, Vereine oder Kirchgemeinden angeboten, vernetzt oder gefördert werden.



4.3 Resilienz und Bewusstseinsbildung stärken

Wir möchten die Dresdner darin bestärken, Ängste abzubauen und sich selbstbewusst sowie angstfrei im öffentlichen Raum zu bewegen. Gleichzeitig müssen wir uns bewusst machen, was andere Menschen in der Stadt als bedrohlich wahrnehmen könnten, und wie wir aktiv werden können, um gemeinsam Verantwortung für ein sicheres Zusammenleben im öffentlichen Raum zu tragen.

Zur Umsetzung empfehlen wir,

- dass Vereine und zivilgesellschaftliche Einrichtungen mehr darüber aufklären und in Kursen und Trainings einüben, wie man resilienter wird, also aktiv die psychische Widerstandskraft und die Fähigkeit stärkt, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen.
- der Stadt und der Zivilgesellschaft, mehr Informationen dazu zu verbreiten, wie Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum entstehen und was jeder Einzelne dafür tun kann, um sie zu verhindern:
  - So soll es einerseits eine verstärkte Aufklärung im öffentlichen Raum darüber geben, wie Zivilcourage aussieht, und wie bei Bedrohung, Gewalt oder Beleidigung anders reagiert werden kann, zum Beispiel mit »Gewaltfreier Kommunikation«. Diese Aufklärung soll mittels Informationen direkt in Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs, an Litfaßsäulen, durch Leuchtreklamen etc. erfolgen und konkrete Beispiele nennen. Vorbild kann hier die Kampagne »Catcalling ist kein Kompliment« sein, die in Leipzig, Hannover oder Dortmund umgesetzt wurde.

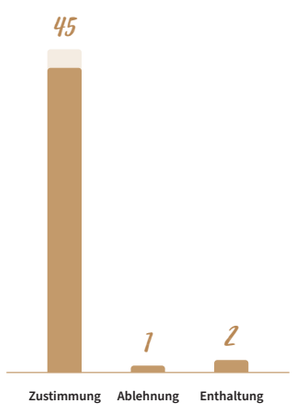
- bestehende Konfliktberatungsstellen besser zu kennzeichnen und zu bewerben.
- eine umfassende Aufklärung zum Thema sexuelle Belästigung: Es muss klarer vermittelt werden, wie man sich auf der Straße verhalten kann, um eine Person, die eventuell Angst hat, nicht zusätzlich zu verängstigen. Die Kampagne sollte anschaulich vermitteln,
  - wo sexuelle Belästigung beginnt, beispielsweise wann aus einem Flirt oder freundlich gemeinten Gespräch sexuelle Belästigung wird.
  - dass nur Ja auch Ja heißt.
  - dass »Upskirting« verboten ist (das unbefugte Fotografieren und Filmen unter Röcke oder Kleider von Personen).
  - wie Menschen, insbesondere Männer, vermeiden können, unbeabsichtigt Angst bei anderen hervorzurufen, zum Beispiel, indem sie nachts die Straßenseite wechseln, wenn sie hinter einer möglicherweise ängstlichen Person gehen, oder indem sie Abstand halten, langsamer gehen oder selbst telefonieren.
- der Stadt, deutlich zu machen, welche Orte eher durch gefühlte Bedrohung auffallen als durch faktische Unsicherheit, beispielsweise in Zusammenhang mit Suchtproblematiken.

»Ich erlebe den Bürgerrat als unglaublich lebendigen Austausch und als Wachstumspotenzial in meinem Kopf und in meiner Seele. Ich treffe Menschen und stoße auf Themen, auf die ich gar nicht gekommen wäre. Das ist für mich eine wahnsinnige Bereicherung. Es ist ein Lernprozess.«

CLAUDIA ALTHAUS

5.

EMPFEHLUNGEN AUS DEM KONFLIKTFELD »GRUPPEN- UND INTERESSENKONFLIKTE« (TEIL 1)

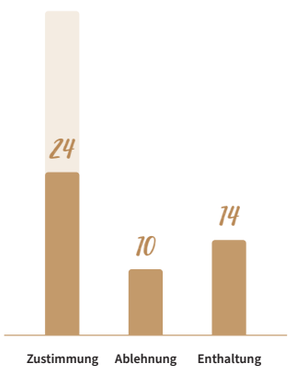


5.1 Frühzeitige Mitwirkung von Bürgern bei großen Bauvorhaben

Bauvorhaben führten in Dresden mehrfach zu hitzigen Debatten. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Vorhaben mit größeren Auswirkungen auf das Stadtbild (zum Beispiel Brückenbau) und Vorhaben, die gesellschaftlich sensible Themen berühren (zum Beispiel Moscheebau, Unterkünfte für Geflüchtete). Für beide Fälle schlagen wir vor, Bürger frühzeitig in städtebauliche Entscheidungen einzubinden, um somit Konflikte abzumildern, die solche Bauvorhaben erschweren. Die Art und Weise der Einbindung sollte den jeweiligen Umständen angepasst werden.

Wir empfehlen der Stadt Dresden

- für eine frühzeitige Einbindung von Bürgern, zunächst eine Informationsplattform (Website) für das jeweilige Vorhaben einzurichten. Dort sollte zu aktuellen Entwicklungen berichtet und wichtige Entscheidungen rund um das Bauvorhaben transparent dargestellt werden. Sollte das Vorhaben durch eine Spendenaktion ergänzt werden, könnte an dieser Stelle auch darüber kommuniziert werden.
- Bürger weiterhin in die Ideen- und Umsetzungswettbewerbe zu den jeweiligen Vorhaben einzubinden. Eine Beteiligung daran sollte ausgebaut werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Beteiligungsformen sollten bekannter gemacht werden, um alle Menschen auf digitalem und analogem Weg zu erreichen. Es sollten ergänzend auch im öffentlichen Raum schriftliche Formen der Mitwirkung geschaffen werden.
- als Anlass für eine Mitwirkung der Bürger aktuell das Thema Wiederaufbau der Carolabrücke zu nutzen, da daraus weitere Konflikte entstehen könnten, wenn die Bürger nicht in die Lösungsfindungen eingebunden werden. Hauptkonfliktpunkte dabei könnten die Art und Weise des Baus (alt oder modern, oder eine Mischung aus beiden) und die damit in Zusammenhang stehende Finanzierung sein. Initiativen, die sich bereits für das Thema einsetzen, sollten bei der Mitwirkung berücksichtigt werden, beispielsweise die Initiative Carolabrücke.

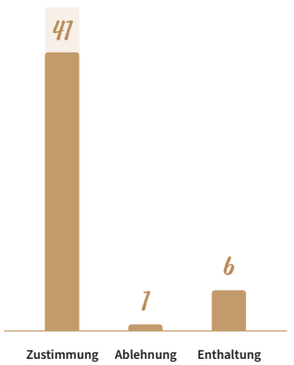


5.2 Brücken bauen, um Brücken zu bauen

Die Dresdner sollen am Wiederaufbau ihrer Carolabrücke finanziell aktiv mitwirken und das Aussehen der Brücke mitbestimmen können. Eine Einbindung in dieser Form leistet nicht nur einen gemeinsamen, solidarischen Beitrag der Bürger zum Wiederbau der Brücke, sondern fördert auch eine demokratische Aushandlung und Identifikation mit dem städtischen Bau.

Unsere Empfehlungen lauten:

- Für die zeitnahe Wiederherstellung der Infrastruktur sowie die präventive Vermeidung möglicher Konflikte in Hinblick auf Planungsdruck, Organisationsaufwand, Kostenfrage und den zukünftigen Ersatzneubau empfehlen wir die unverzügliche Planung und Realisierung einer Behelfsbrücke als unmittelbare Reaktion auf den Einsturz der Carolabrücke. Es wird angeregt, dass die Stadt Dresden sich am Vorgehen von Bad Schandau orientiert und zeitnah die notwendigen Schritte zur Planung und Umsetzung der Behelfsbrücke prüft und in die Wege leitet. Dies kann in Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Schandau geschehen.
- Wir schlagen außerdem eine Spendenaktion für den Wiederaufbau der Carolabrücke vor:
  - Für diesen Zweck könnte eine Spendenstelle eingerichtet oder eine Crowdfunding-Initiative gegründet werden.
  - Vorstellbar wäre es, wenn Bürger, Zivilgesellschaft, ansässige Unternehmen und interessierte Gäste virtuelle Anteile an der neuen Carolabrücke erwerben könnten, um einen Neubau zu finanzieren. Dies könnte gefördert werden, indem die größten Spender durch einen »Walk of Fame« (Ehrengang) auf der Brücke geehrt werden.
  - Der Erwerb der Anteile wäre rein symbolisch und nicht rechtsverbindlich. Er wird durch ein virtuelles Zertifikat belegt.



5.3 Mit Sicherheit Sicherheit

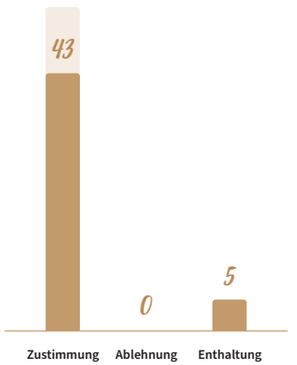
Wir wollen die Sicherheit im Dresdner Straßenverkehr erhöhen. Ziel ist es, konfliktfrei, schnell und ohne unnötige Unterbrechungen von A nach B zu kommen, Gefahrenstellen zu reduzieren und mögliche Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Im Straßenraum sollen sich alle Verkehrsteilnehmer wohl und sicher fühlen können.

Zur Erhöhung der Sicherheit und der Vermeidung von Konflikten im Dresdner Straßenverkehr schlagen wir der Stadt folgende Maßnahmen vor:

- Wir empfehlen die Verbreiterung von Wegen, damit auch ausreichend Platz für Fahrradanhänger, Lastenräder und Kinderwagen vorhanden ist. Dies sollte insbesondere für den Elberadweg geprüft werden.
- Zudem sollten bestehende Fahrspuren auf ihre Sicherheit überprüft und die Wegeführung bei Bedarf überarbeitet werden. Beispielsweise sollte vermieden werden, dass Autofahrer die Radspur kreuzen müssen.
- Zur Verbesserung des Verkehrsflusses empfehlen wir, darüber hinaus zu prüfen, welche Geschwindigkeit geeignet ist, um die Ampelschaltung auf alle Verkehrsteilnehmer abzustimmen. Die Prüfung sollte in Zusammenarbeit mit der Fakultät Verkehrswissenschaften der TU Dresden erfolgen.
- Ampeln mit Wartezeitanzeigen können helfen, Konflikte im Straßenverkehr zu vermeiden.
- Um die Verkehrssituation in der Innenstadt zu entlasten, soll es vergünstigte ÖPNV-Tickets in Kombination mit Parktickets am äußeren Rand der Innenstadt geben.
- Wir empfehlen darüber hinaus, Verkehrsteilnehmer gezielt auf vorhandene Gefahrenstellen aufmerksam zu machen, zum Beispiel mit Plakaten.

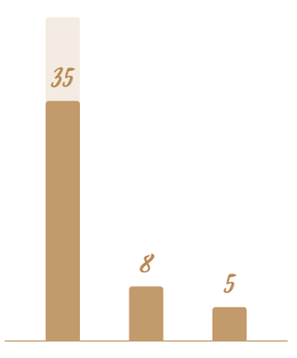
5.4 Mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum

Im öffentlichen Raum sollte es möglich sein, entstandenen Müll schnell und einfach in Müllbehältern zu entsorgen. Dadurch soll das Hinterlassen von Müll auf Straßen und Grünflächen verhindert werden. Auf diese Weise wird die gegenseitige Rücksichtnahme gefördert und unter anderem Kinder vor eventuellen Gefahren geschützt.



Wir empfehlen folgende Maßnahmen:

- Zum einen sollten moderne, für Tiere nicht zugängliche Mülleimer aufgestellt werden. Zum anderen sollten die Mülleimer regelmäßig geleert werden, insbesondere an Orten von öffentlichem Interesse und bei gesellschaftlichen Veranstaltungen.
- Um der Öffentlichkeit die Entsorgung von Müll zu erleichtern, empfehlen wir, die Kommunikation zur Müllentsorgung zu verbessern. Dies könnte auf folgende Weise geschehen: Anbringung von Hinweisschildern, Informationen zum Abstand bis zum nächsten Mülleimer oder Fußabdrücke, die zum nächsten Mülleimer hinleiten.
- Bei der Suche nach möglichen Verbesserungen sollte geprüft werden, welche Lösungen aus anderen Ländern auch für Dresden passen könnten, etwa unterirdische Mülleimer oder »sprechende« Mülleimer aus den Niederlanden.
- Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob wirkungsvolle Strafen für »Müllsünder« möglich und umsetzbar sind.



5.5 Regulierungen und Geldstrafen für alle Verkehrssünder

Klare und breit bekannte Regulierungen und höhere Geldstrafen können als Erziehungsmaßnahmen dafür sorgen, dass verkehrsbehinderndes Verhalten vermindert wird. Dadurch werden Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmenden effektiv verringert.

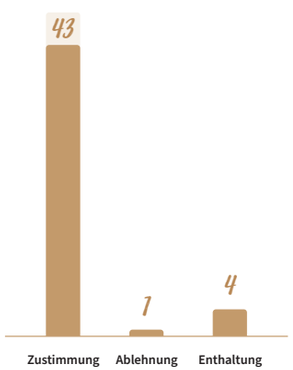
Dafür empfehlen wir

- der Stadt Dresden, zeitweise Geschwindigkeitsbegrenzungen für Rennräder und E-Bikes auf vielbefahrenen Strecken einzuführen, insbesondere auf dem Elberadweg. Dazu sollen Tempoanzeigen für Radfahrer installiert werden.
- Fahrradfahrer und Fußgänger als verantwortliche Verkehrsteilnehmer zu betrachten, zu kontrollieren und bei der Missachtung von Verkehrsregeln mit Geldstrafen zu belegen.
- für E-Roller und Fahrräder aus Leihsystemen Kontrollen einzuführen und Abstellzonen zu markieren. Bei Verstößen oder widerrechtlichem Abstellen sollen die Betreiber dafür verantwortlich gemacht werden, die E-Roller wegzuräumen, ähnlich wie bei Autovermietungen. Betreiber sollen empfindliche Strafen bei widerrechtlicher Abstellung bezahlen (Verursacher ist dem Betreiber bekannt).
- die finanziellen Mittel, die durch die Strafzahlungen eingenommen werden, in die Sanierung von Straßen und Wegen zu reinvestieren.

6.

EMPFEHLUNGEN AUS DEM KONFLIKTFELD »GRUPPEN- UND INTERESSENKONFLIKTE« (TEIL 2)

6.1 Verdrängung durch hohe Mieten verhindern – für ein friedliches Zusammenleben

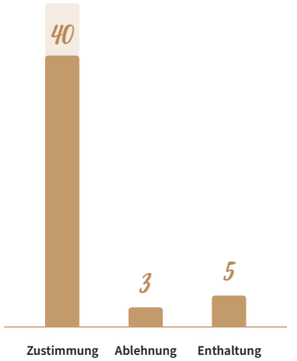


Steigende Mieten führen zur Verdrängung von einkommensschwächeren Menschen und Familien aus der Stadt. Dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt und verstärkt gesellschaftliche Spannungen. Durch bezahlbaren Wohnraum, alternative Wohnmodelle und ein gemeinschaftsförderndes und naturbelassenes Wohnumfeld kann ein friedliches Miteinander unterschiedlicher Menschen sowie die Vernetzung von Familien gefördert werden.

Wir empfehlen folgende Maßnahmen:

- Förderung von schnellem und effizientem Bau kostengünstiger und standardisierter Wohnungen unter Berücksichtigung und Umsetzung der Vorteile der Wohngemeinnützigkeit. Die Einsparungen aus der günstigen Bauweise müssen an die Mieter weitergegeben werden.
- Prüfung von Aufstockung und Ausbau im Bestand und Nutzung leerstehenden Wohnraums.
- Ein attraktives Wohnumfeld soll sowohl Gemeinschaftsgärten, Spielplätze und Sportanlagen zur Förderung der Gemeinschaft als auch Erholungsmöglichkeiten wie Parkanlagen und Wasserspiele enthalten.
- Unterstützung von alternativen Wohnmodellen, beispielsweise Mehrgenerationenhäuser, sowie Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus zur Stärkung des nachbarschaftlichen Dialogs.
- Einführung von sozialen Wohnraumquoten, um mehr Begegnungen zwischen Bürgergeldempfängern, Menschen mit Migrationshintergrund und Normalverdienern zu ermöglichen.

6.2 Konflikt um Lärm- und Ruhestörung

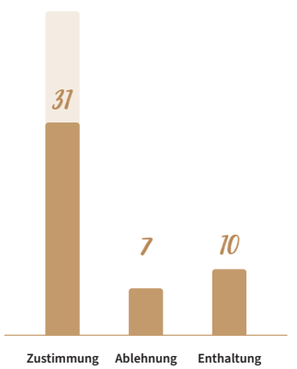


Lärmkonflikte sind ein wiederkehrendes Problem in der Stadt. Ein fairer Ausgleich zwischen dem Bedürfnis nach Ruhe und dem Wunsch nach gesellschaftlichem Leben und Feiern ist notwendig, um Eskalationen zu vermeiden.

Wir empfehlen

- die Einrichtung von Dialogforen durch die Stadtverwaltung und das Umweltamt zwischen Anwohnern oder Anwohnervertretungen und Veranstaltern bei häufigen Konflikten
- die Einführung von Lärmschutzmaßnahmen, beispielsweise Schalldämmung, Lärmobergrenzen oder zeitliche Begrenzungen.
- die Schaffung von Lärmzonen für Veranstaltungen und Feiern seitens der Veranstaltungs- und Kulturbetriebe, um Wohngebiete zu entlasten.
- die konsequente Durchsetzung von Ruhezeiten, verbunden mit Anreizen für lärmarme Alternativen.

6.3 Digitale Menschenkette – »Sei dabei«



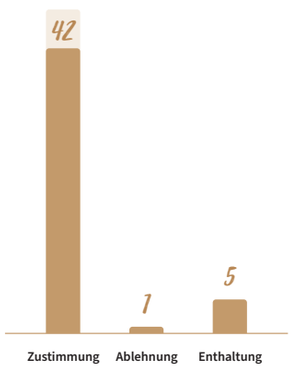
Eine digitale Plattform kann eine faktenbasierte Auseinandersetzung fördern und eine ganzjährige Teilnahme am Gedenken an den 13. Februar durch mehr Menschen ermöglichen. Das Angebot soll die bisher bestehende Menschenkette ergänzen.

Unsere Empfehlungen lauten:

- Wir empfehlen der Stadt, eine neue Website zur digitalen Menschenkette aufzubauen, auf der die historischen Fakten und Quellen zum 13. Februar und die Opferzahlen eingebettet werden.
- Fachkundige Experten für Stadtgeschichte sollen damit beauftragt werden, die Faktenlage für die Website beizusteuern.
- Auf der Website sollte ein Diskussionsforum eingerichtet werden, das den konstruktiven Austausch zum Thema ermöglicht. Um den Missbrauch des Forums zu verhindern, soll die Plattform nach grundsätzlichen Prinzipien moderiert werden.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten eingebunden werden, um eine breite Beteiligung zu fördern.

7.

EMPFEHLUNG ZUM BEITRAG DER FRIEDENSSTADT DRESDEN AUF NATIONALER UND INTERNATIONALER EBENE



7.1 Dresden national und international als Friedensstadt sichtbar machen

Wir möchten Veranstaltungen und Einrichtungen nutzen, um Dresden lokal, national und international als Friedensstadt zu etablieren. Dazu gehört für uns, Partnerschaften und Netzwerke aufzubauen und auszuweiten sowie Dresden als Friedensstadt sichtbarer zu machen.

Als mögliche Veranstaltungsformate empfehlen wir der Stadt und der Zivilgesellschaft,

- öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit Unterstützung bekannter Dresdner Institutionen und Veranstalter zu initiieren, beispielsweise der Semperoper, dem Dixieland-Festival, Canaletto, dem Opernball, der Gartenstadt Hellerau etc.
- Ideen für neue Veranstaltungsformate zu prüfen, zum Beispiel in Form eines »Friedensdampfers«, einer »Bundesfriedensschau«, analog zur Bundesgartenschau oder in die Bundesgartenschau integriert, oder »Friedensfestspiele« mit Kunst, Kultur, Sport, Sozialem und Bildungsangeboten.
- gezielt Formate für jüngere Teilnehmer zu entwickeln, zum Beispiel Kinder- oder Schüler-Friedensmärsche, um früh Friedenserinnerungen zu schaffen.
- niedrigschwellige Möglichkeiten für internationale kulturelle Begegnung und Austausch auszubauen, zum Beispiel in Form von Nachbarschaftsfesten oder öffentlichen Spiel- und Sportangeboten wie Schach im Park oder Spiele im Grünen.

Es ist denkbar, dauerhafte Strukturen einer Friedensstadt Dresden aufzubauen, beispielsweise in Form einer »Friedensmeile«, die Dresdner Orte des Friedens verbindet. Diese könnte vom Hauptbahnhof über die Prager Straße und die Kreuzkirche zur Frauenkirche verlaufen. An der Friedensmeile sollten Stelen der Partnerstädte mit Kennzeichnung des Friedenswillens angebracht sein.

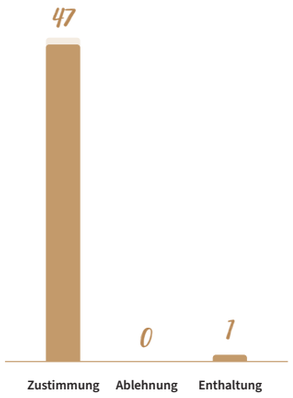
Bei den Netzwerken sollten die bestehenden Beziehungen zu den Partnerstädten Dresdens besonders genutzt werden. Zum Aufbau

und zur Ausweitung von Partnerschaften und Netzwerken empfehlen wir folgende Maßnahmen:

- Bestehende Netzwerke wie »Mayors for Peace« aktiv zu nutzen und den gemeinsamen Austausch zu fördern, beispielsweise durch Einladung von Künstlern aus den Partnerstädten, durch partnerstädtische Aktionen wie Sportwettkämpfe (»Friedensspiele«) oder Musiktourneen mit Musikern aus den Partnerstädten.
- In der Friedensarbeit sollen sich zivilgesellschaftliche Gruppen über diese Netzwerke gegenseitig unterstützen.
- Dabei braucht es eine klare Zielstellung des Austauschs, zum Beispiel ein gemeinsamer Wettbewerb mit Partnerstädten für den (Wiederauf-)Bau von Brücken, oder den internationalen Austausch in verschiedenen Bereichen zum Thema Frieden, bei dem auch lokale Organisationen aus Kultur, Vereinen und Schulen und verschiedene Wissenschaftsfakultäten eingebunden werden.
- Außerdem halten wir einen gemeinsamen Austausch über Krisenmanagement und Klimaanpassung für sinnvoll, zum Beispiel durch solidarische Unterstützung der Hilfsorganisationen der Partnerstädte bei Nothilfen.
- Außerdem empfehlen wir, den Bürgerrat Friedensstadt als Modellprozess in anderen Friedensstädten durchzuführen, oder sogar in einem Bürgerrat Teilnehmer aus mehreren Friedensstädten zu versammeln.

An Kommunikationsmaßnahmen, um Dresden als Friedensstadt sichtbar zu machen, empfehlen wir:

- die Marke »Friedensstadt Dresden« einzuführen, die Projekte oder Festivals unter einem Dach vereint und national und international kommuniziert und sichtbar macht, zum Beispiel »Dresden isst bunt«-Tage oder den Dresdner Friedenspreis.
- Dresdens Rolle als Friedensstadt in Zusammenhang zu bringen mit Dresdens vielfältiger und seinen Persönlichkeiten, die sich für den Frieden eingesetzt haben.
- Sportvereine als Werbeträger und Partner für eine Friedensstadt Dresden zu gewinnen. Diese Vereine könnten auch motiviert werden, eigene Maßnahmen zu entwickeln.
- die Kommunikation zur Friedensstadt auf unterschiedliche Zielgruppen altersgerecht auszurichten. Die Kommunikation sollte auf Social-Media-Kanälen sowie im öffentlichen Raum stattfinden, zum Beispiel in Form von Ausstellungen auf dem Neumarkt oder in der Altstadt. Außerdem sollte eine wiederkehrende Rubrik zu Frieden in Tages- und Wochenzeitungen die lebendige Kommunikation begleiten, in der Bürger mitteilen, womit sie »zuFrieden« sind.



SCHLUSSWORT

Als Bürgerrat appellieren wir an Sie: Nehmen Sie Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer Menschen und gehen Sie vom guten Willen des Anderen aus.

Gehen Sie auf andere Menschen zu, bieten Sie Hilfe an und nehmen Sie Ablehnung nicht persönlich, denn jeder Mensch ist anders.
So schaffen wir gemeinsam Frieden!

Uns ist die Ehre zugekommen, am Bürgerrat Friedensstadt teilzunehmen. Die Erfahrungen waren so konstruktiv, dass wir uns weitere Bürgerräte wünschen.

»Ich hoffe, die Ergebnisse des Bürgerrats werden von der Stadt angenommen und vielleicht nicht in allen Punkten, aber doch im größten Teil auch umgesetzt. Das wäre mein größter Wunsch, dass sich unser Stadtrat, unser Oberbürgermeister dem anschließt, was wir hier in der Gemeinschaft erarbeiten.«

KAY ALEXANDER MAUCK

Impulse DES BÜRGERRATS

ZUM ERINNERN AN DEN 13. FEBRUAR 1945

Am ersten Bürgerratswochenende diskutierten die Teilnehmenden zu zweit oder zu dritt, was sie dem Beirat für Erinnerungskulturen an Anregungen mitgeben würden, wie in Zukunft mit dem Gedenken an den 13. Februar 1945 umgegangen werden könne (siehe Kapitel zum Ablauf des Bürgerrats). Ihre Anregungen haben sie auf Notizzetteln festgehalten, die das nexus Team verschriftlicht und hier zusammengefasst hat.

Die Arbeitseinheit zum 13. Februar ist dabei auf direkten Wunsch des Beirates der Erinnerungskulturen aufgenommen worden, der unter anderem darüber Empfehlungen entwickelt, wie Veranstaltungen zu erinnerungskulturellen Anlässen konzipiert werden können.

Die Teilnehmenden des Bürgerrats bewerten das bisherige Gedenken an den 13. Februar in vielen Aspekten positiv. Beispielsweise wird die Menschenkette als starkes Symbol der Verbindung und des stillen Erinnerns wahrgenommen. Auch das gemeinsame Läuten der Kirchenglocken gilt als wirkungsvolles Zeichen. Besonders geschätzt wird die Möglichkeit, sowohl individuell als auch in Gemeinschaft zu gedenken. Zudem wird die Bewegung gegen die rechtsextreme Vereinnahmung des Gedenkens begrüßt.

Es wurden verschiedene Vorschläge zur Weiterentwicklung des Gedenkens gemacht. So ist es einer Gruppe ein wichtiges Anliegen, die Vielfalt der Gedenkformen zu fördern, anstatt nach einer einzigen »richtigen« Form des Erinnerns zu suchen. Eine andere Gruppe regt an, ritualisiertes und stetiges Gedenken zu kombinieren, indem es das ganze Jahr über Möglichkeiten zum stillen Erinnern gibt. Neue Gedenkformen könnten eine

Schweigeminute im öffentlichen Raum, beispielsweise in Bussen oder Bahnen, sowie eine digitale Teilnahme an der Menschenkette umfassen, bei der Gesichter oder Namen projiziert werden. Eine Fotoaktion könnte es Bürgern ermöglichen, Orte des Erinnerns zu dokumentieren und diese Bilder am 13. Februar an der Frauenkirche auszustellen.

Als weiterer zentraler Punkt wurde die Stärkung von Bildung und Reflexion zum 13. Februar genannt. Dazu gehört die Verbreitung von Aufklärungsmaterialien im Stadtgebiet sowie die Feststellung, dass Zeitzeugenberichte bewahrt und zugänglich gemacht werden sollen. Es sei wichtig, persönliche Geschichten und Berichte zu bewahren, da diese nachhaltiger in Erinnerung bleiben als abstrakte historische Darstellungen. Zudem sollte das Gedenken genutzt werden, um Diskussionen über aktuelle Herausforderungen im städtischen Zusammenleben anzuregen.

Die Menschenkette wurde als eine ideale Form des Gedenkens beschrieben, da sie nicht zu einem gewalttätigen Protestzug werden könne. Eine weitere Gruppe sah die Menschenkette ebenfalls als starkes Zeichen der Verbindung, machte jedoch den Vorschlag, eine digitale Menschenkette als Alternative für Menschen mit Angst vor großen Menschenmengen zu ermöglichen.

Eine Gruppe betonte, dass symbolische Gesten allein nicht ausreichen und neue Lösungen für eine starke Zivilgesellschaft entwickelt werden müssten. Dabei sollten auch die Generationsunterschiede in der Wahrnehmung des Gedenkens berücksichtigt werden.

»Für meine Stadt wünsche ich mir mehr Begegnungen. Durch die Nähe zur Grenze haben wir viel Zuwanderung und dadurch wiederum viel Teilung der Gesellschaft. Ich wünsche mir, dass man wieder mehr zusammenkommt, Begegnungen sucht.«

MARTIN BLÜMEL

Menschenkette in Dresden vor der Frauenkirche am 13. Februar 2025

Beim Bürgerrat mache ich mit, weil ...

»Beim Bürgerrat ›Friedensstadt Dresden‹ mache ich mit, weil ich zum einen das große Glück hatte, ausgewählt worden zu sein und weil es mich stolz macht, den Versuch zu starten, für Dresden etwas zum Positiven zu verändern.«

KAY ALEXANDER MAUCK

»Warum mache ich mit? Zunächst erst mal wurde ich ausgelost. Außerdem mache ich mit, weil ich Christ bin und weil das gerade sehr gut in meine Lebenslage gepasst hat. Ich durfte einen Nachbarschaftsstreit erleben, der jetzt zum Glück so gut wie geschlichtet ist. Wir sind im Gespräch und gut miteinander.«

MARTIN BLÜMEL

»Beim Bürgerrat Dresden mache ich mit, weil ein Brief in meinem Briefkasten war, der mich sehr neugierig gemacht hat und ich mich sehr geehrt gefühlt habe, als Auserwählte hier dabei sein zu dürfen und zu sehen, was hier erarbeitet und gemacht wird.«

CAROLIN KNAUER

»Ich find das eine sehr gute Idee. Ich war selber sehr erstaunt, dass ich ausgelost wurde. Dann hab ich überlegt und mir gedacht: Ich hab zwei Kinder, ich hab Enkelkinder. Wenn ich da ein bisschen mithelfen kann, dass wir friedlich miteinander leben, warum nicht?«

CLAUDIA ALTHAUS

»Ich mache beim Bürgerrat Friedensstadt Dresden mit, weil ich die Erfahrung gerne mal machen wollte, wie das ist, mit vielen unterschiedlichen Dresdnern zusammenzukommen, um über einige Dinge zu diskutieren. Tatsächlich wusste ich aber gar nicht so richtig, was mich erwartet und habe mich eigentlich auf die Erfahrung gefreut.«

LAURA STEIN

»Mir ist wichtig, mich für meine Stadt zu engagieren, weil es auch darum geht, was der kleine Mann sagt: dass er die Möglichkeit hat, was zu verändern, dass er die Möglichkeit hat zu sagen, was fehlt oder was schlecht ist. Deswegen bin ich gern im Bürgerrat.«

ANNETT HÄNEL

»Beim Bürgerrat Friedensstadt Dresden mache ich mit, weil es mich interessiert, wer in Dresden wohnt, welche unterschiedlichen Meinungen es gibt und weil ich möchte, dass man miteinander redet und kommuniziert, was die Probleme sind und woran man in Dresden zusammen arbeiten könnte.«

ANNA-MARIA KRAUSE

DANKSAGUNG

Der allererste und wichtigste Dank geht an die 50 Mitglieder der Bürgerrats. Sie haben sich dazu entschieden, in vielen Stunden gemeinsam zu beraten, welche Ziele für ein friedliches Miteinander in ihrer Stadt verfolgt werden sollten, welche Maßnahmen dafür notwendig sind und wer in deren Umsetzung eingebunden werden sollte. Sie waren bereit, sich aufeinander und auf verschiedene Meinungen einzulassen, mit großer Ausdauer miteinander zu diskutieren und um gute Formulierungen ihrer Empfehlungen zu ringen. Für diese Arbeit und das Engagement für die Dresdner Stadtgesellschaft bedanken wir uns ganz herzlich bei jedem Einzelnen und allen, die an der Redaktion beteiligt waren (*):

Claudia Althaus
Jasmin Backert*
Martin Blümel
Luisa-Sophie Böttcher
Till Breunig
Janusz Ciechanowicz*
Anneliese Damm
Marina Dolokov*
Arthur Ewert
Franziska Franz*
Kai Gallitz
Matthias Grafe*
Annett Hänel*
Andrea Hartmann
Andrea Horezky
Daniel Hustig
Jutta Jansen
Bärbel Jebens*
Jakob Jobs*
Finn Jürgensen*
Katharina Kaufmann
Christine Kleinert
Carolin Knauer
Mickie Knorr
Vera Korytska
Ute Kottke
Anna-Maria Krause
Michael Krüger
Klaus Kuhn
Christoph Lissek
Kay Alexander Mauck
Favour Nneka Nnam
Laura Noack
Fabian Nowak
Lydia Peschke
Michael Podszun
Günter Rautenberg
Olaf Reichert*
Konrad Richter
Jan Röder
Wolfgang Röseler
Emma Roßbach
Luise Rost-Rämisch
Helge Schulz
Barbara Schwarz
Silvia Sitsler*
Laura Stein
Josefine Taatz
Christine von Rüdiger
André Weidner

Wir bedanken uns bei allen, die durch ihre fachlichen Impulse den Bürgerrat in der Vorbereitung und Durchführung unterstützt und die Diskussionen bereichert haben:

Andreas Dieterich
Dr. Caroline Förster
Christine Grewe
Sonja Hahn-Tomer
Qin Hu
Maren Jung
Phillip Koller
Kristina Krömer
Maike Limprecht
Annelie Möller
Claudia Nikol
Anna Nikolenko
Neda Noveljic
Claudia Nowakowski
Dr. Holger Oertel
Oliver Reinhard
Henrike Reuther
Uljana Sieber
Dr. Justus Ulbricht
The Very Revd John Witcombe

Von Seiten der **Stiftung Frauenkirche Dresden** haben mitgewirkt und tatkräftig unterstützt:

Andreas Dieterich
Markus Engelhardt
Grit Jandura
Linda Krauß
Laetizia Linge
Maria Noth
Fabrice Zurmühlen

Von Seiten des **nexus Instituts** als Durchführungsinstitut des Bürgerrats haben mitgewirkt:

Nicolas Bach
Eike Biermann
Wiebke Blum
Dr. Claudia Bosch PROJEKTLEITUNG
Maria Jacob
Oğulay Kapçak
Ina Metzner HAUPTMODERATION
Janne Ratschinski
Philipp Scheitz
Sandrine Steinhoff
Amy Winkler
Uta Zetek

AUSBLICK

BÜRGERRAT

FRIEDENSSTADT DRESDEN

Der Bürgerrat Friedenstadt Dresden hat eindrucksvoll gezeigt, welche Potenziale in partizipativen Formaten stecken, die ausgetretene Pfade verlassen und Menschen zusammenbringen, die ansonsten kaum Kontakt miteinander finden würden. Die intensive Auseinandersetzung der Teilnehmenden mit den Themen, der respektvolle Dialog und die gemeinschaftliche Erarbeitung von Empfehlungen machen deutlich: Der Bürgerrat und seine Methode sind ein voller Erfolg. Viele der Beteiligten berichten von einer tiefgehenden und einzigartigen Erfahrung demokratischer Selbstwirksamkeit – sie konnten spürbar Einfluss nehmen, ihre Perspektiven einbringen und im direkten Austausch mit anderen Bürgerinnen und Bürgern zu konstruktiven Lösungen beitragen.

Diese Erfahrung ist nicht nur wertvoll für die Einzelnen, sondern auch für unsere Demokratie als Ganzes. Sie zeigt, dass Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe möglich ist – und gewünscht wird. Deshalb soll dieses erfolgreiche Format in Zukunft weitergeführt und möglichst verstetigt werden. Es braucht mehr Räume, in denen Menschen gemeinsam nachdenken, diskutieren und gestalten können – unabhängig von Herkunft, Bildung oder Parteizugehörigkeit.

Der Bürgerrat Friedensstadt Dresden ist somit hoffentlich kein einmaliges Ereignis, sondern ein Anfang für unsere Stadt. Die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger werden nun in die politischen Entscheidungsprozesse eingespeist und weiterverfolgt. Hier kommt den Stadträten und der Verwaltung in Dresden eine maßgebliche und verantwortungsvolle Rolle zu. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben mit viel Leidenschaft und hohem Engagement die vorliegenden Empfehlungen erarbeitet. Nicht jede der Empfehlungen wird zeitnah umgesetzt werden können, aber wie in der Präambel der Empfehlungen geschrieben, »streben wir für die nächsten Jahrzehnte ein friedvolles Zusammenleben in Dresden an« und verstehen die Arbeit am Frieden als fortwährenden Prozess.

Die spürbare Hoffnung der Bürgerräte war es, dass mit diesen Empfehlungen ein Prozess in Gang gesetzt wird, der uns noch länger begleiten soll. Das wir uns als Bürgerinnen und Bürger zusammen mit den politischen Akteuren auf den gemeinsamen Weg hin zu einem friedlichen und lebenswerten Dresden machen, dass mit seinem Beispiel als Friedensstadt auch andere inspiriert und begeistert.

Auch als Stiftung Frauenkirche Dresden werden wir diesen Weg weiter aktiv mitgestalten. Im kommenden Jahr werden wir zu den Themen und Empfehlungen der Bürgerräte Veranstaltungen organisieren und Beteiligte, Experten, Verantwortliche und Interessierte einladen, an den Ideen und deren konkreten Umsetzung weiterzudenken. Mit dem Demokratieprojekt metro_polis, das dort stattfindet, wo Menschen jeden Tag versammelt sind: In den Straßenbahnen der Stadt Dresden wollen wir die Empfehlungen des Bürgerrats in die Stadt hineintragen und Feedback einsammeln. Und in einem Jahr, am 8. Mai 2026, werden wir uns wieder in der Frauenkirche treffen, um das Erreichte zu feiern. Gleichzeitig sollen die Erfahrungen aus diesem Bürgerrat genutzt werden, um weitere Beteiligungsformate zu entwickeln und langfristig zu etablieren und im besten Falle einen weiteren Bürgerrat auf den Weg zu bringen.

Denn klar ist: Eine lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen. Und Formate wie der Bürgerrat bieten dafür eine zukunftsweisende Grundlage.

Andreas Dieterich
Stiftung Frauenkirche Dresden

»Ich würde mich sehr freuen, wenn sowas immer wieder stattfindet. Ich bin auch gerne bereit wieder dafür da zu sein, aber sicherlich werden dann andere ausgewählt. Aber das ist doch Demokratie! Das ist Demokratie direkt vor Ort am kleinen Bürger.«

GÜNTHER RAUTENBERG

Impressum

HERAUSGEBER
Stiftung Frauenkirche Dresden
Georg-Treu-Platz 3 · 01067 Dresden
Telefon: +49 (0)351 65606-100
stiftung@frauenkirche-dresden.de
www.frauenkirche-dresden.de

Geschäftsführung: Maria Noth,
Frauenkirchenpfarrer Markus Engelhardt

KONZEPTION, MODERATION UND DURCHFÜHRUNG DES BETEILIGUNGSVERFAHRENS
nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung e.V.
Willdenowstraße 38
D-12203 Berlin
Telefon: +49 (0)30 318 054 63
mail@nexusinstitut.de
www.nexusinstitut.de

TEXTE
nexus und Stiftung Frauenkirche Dresden

REDAKTION
Liane Rohayem-Fischer

BILDNACHWEISE
Grit Jandura, Anja Schneider, Claudia Hofmann

GESTALTUNG
Kareen Sickert

DRUCK
Lößnitz Druck

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT | Freistaat SACHSEN

Dresden, Mai 2025

Aus Gründen der Lesbarkeit werden in diesem Dokument maskuline Personen- und Funktionsbezeichnungen verwendet. Sie beziehen sich jedoch auf alle Geschlechter.

www.frauenkirche-dresden.de